

TRIBÜNE



PB-PP|B-00802
BELGIE(N)-BELGIQUE

JULI 2022

CGSP - AZÖD

FGTB ÖFFENTLICHER DIENST

Gemeinsam stark



10. KONGRESS DER IRW-CGSP

**WIEDER IN DIE OFFENSIVE GEHEN
RESOLUTIONEN UND ANTRÄGE**



LEITARTIKEL S. 3

Wieder in die
Offensive gehen!



RESOLUTIONEN S. 8



ANTRÄGE S. 33

INHALTSVERZEICHNIS ■■■

3 LEITARTIKEL

3 / Wieder in die Offensive gehen!

4 ZUSAMMENFASSUNG DES KONGRESSSES

8 RESOLUTIONEN DES KONGRESSSES

- 8 / Die öffentlichen Ausgaben
- 10 / Die Staatsverschuldung abbauen
- 12 / Ein Plan für öffentliche Investitionen
- 14 / Gerechte und progressive Steuern
- 16 / Ein Mindestlohn von 14 €
- 18 / Eine starke soziale Sicherheit
- 20 / Gesetzliche und umlagefinanzierte Pensionen
- 22 / Das Statut als Grundlage für den Rechtsstaat
- 23 / Das Statut des öffentlichen Dienstes
- 24 / Das Streikrecht
- 25 / Das Statut des öffentlichen Dienstes
- 26 / Telearbeit, eine tiefgreifende Veränderung der Arbeitsorganisation
- 27 / Die Risiken der Telearbeit begrenzen
- 28 / Die Digitalisierung der öffentlichen Dienste
- 29 / Die Risiken der Digitalisierung begrenzen
- 30 / Ein progressiver Föderalismus der Zusammenarbeit

33 VOM KONGRESS ANGENOMMENE ANTRÄGE

- 33 / Antrag vom Frauenbüro der IRW-CGSP
- 34 / Antrag vom Sektor Bildung
- 37 / Antrag vom Sektor AMiO
- 38 / Antrag vom Jugendausschuss der IRW-CGSP



Einige jammern erbärmlich, andere fluchen obszön, aber fast niemand fragt sich: Was wäre, wenn auch ich meine Pflicht getan hätte, wenn ich versucht hätte, meinen Willen, meinen Rat durchzusetzen, wäre dann passiert, was passiert ist? Aber niemand oder fast niemand fühlt sich seiner Gleichgültigkeit, seiner Skepsis schuldig, dass er seine Hände und seine Tätigkeit nicht jenen Gruppen von Bürgern zur Verfügung gestellt hat, die, gerade um ein solches Übel zu verhindern, kämpften und sich vorgenommen hatten, ein solches Gut zu verschaffen.

(Antonio Gramsci)

Die Geschichte gehört uns und sie wird durch das Volk geschrieben

(Salvador Allende)



"Aus Gründen der Lesbarkeit des Textes sind die Begriffe immer in der männlichen Form ausgedrückt. Sie sind daher stets so zu verstehen, dass sowohl das männliche als auch das weibliche Geschlecht gemeint sind."



LEITARTIKEL ■■■

WIEDER IN DIE OFFENSIVE GEHEN!

Die COVID-Krise hat unser Leben unwiderruflich geprägt. Die einen haben Angehörige verloren, die anderen haben in unterschiedlichem Maße unter den Folgen der Krankheit gelitten, aber alle waren von der Verletzlichkeit unserer Demokratie und unserer Gesellschaft angesichts der Katastrophe überrascht.

Die Pandemie brachte eine Vielzahl von Maßnahmen mit sich: "Lockdown", "Ausgangssperren", "Einschränkung von Aktivitäten", Einmischung in das Privatleben, Einschränkung der Meinungsfreiheit und "Schließung der Grenzen".

Diese Maßnahmen spiegeln sowohl das Gefühl der Dringlichkeit angesichts der Katastrophe als auch die Hilflosigkeit einer Gesellschaft wider, die seit mehr als 40 Jahren die öffentlichen Dienste, den Sozialschutz und die öffentliche Beteiligung an der Wirtschaft zugunsten eines wachsenden Individualismus und des "freien Spiels der Marktkräfte" verschmäh hat.

So lassen sich die inakzeptablen Arbeitsbedingungen des Pflegepersonals – eine Folge des Abbaus unseres Gesundheitssystems – und der Maskenmangel erklären...

Krisen erschüttern unseren Alltag, stellen unsere Gewohnheiten in Frage und decken nicht nur manche bislang verborgene Tatsachen auf, sondern definieren auch Prioritäten neu, indem sie unsere Sichtweise verändern. Diese Momente eignen sich besonders gut, um Manches zu hinterfragen, anzuzweifeln und, warum nicht, zu brechen. Allerdings muss man die Gelegenheit dazu nutzen.

In solchen Zeiten beschleunigt sich der Lauf der Dinge plötzlich, das Spektrum der Möglichkeiten weitet sich aus und alles scheint möglich: sowohl das Gute als auch das Schlechte.

Die Gesundheitskrise ist da keine Ausnahme!

Zu diesen hervorgehobenen Tatsachen gehört die Rolle, die die öffentlichen Dienste spielen müssen, und spiegelbildlich dazu die schwerwiegenden Folgen der Austeritätspolitik.

Diese Erkenntnis ist notwendig. Diese Erkenntnis verleiht der Gesamtheit dieser Resolutionen, die größtenteils vor dem Ausbruch der Epidemie verfasst wurden, einen Sinn.

Diese Resolutionen sollen ein umfassender Vorschlag für einen echten Modellwechsel sein. Sie zeigen, dass die IRW-CGSP nicht erst nach der Katastrophe begonnen hat, die Welt von morgen zu gestalten.

Es muss allerdings noch mehr unternommen werden.

Wir müssen uns trauen auszusprechen, dass Umweltschäden es einer Krankheit ermöglicht haben, die "Artengrenze" zu durchbrechen und sich so auf den Menschen zu übertragen. Die zunehmende Globalisierung hat ihrerseits die weltweite Ausbreitung dieses Virus ermöglicht. Diese Ausbreitung wurde durch die 40-jährige Verschlechterung der Gesundheit der Bevölkerung durch den Abbau unserer Gesundheitssysteme, aber auch durch die Förderung von Junkfood und Bewegungsmangel begünstigt.

Demnach hatten wir mit einem tödlichen Virus zu kämpfen. Es ist unter anderem unser Wirtschaftsmodell, das ihm die Möglichkeit gegeben hat, sich so leicht zu verbreiten. Heute gibt es Stimmen, die eine Änderung unserer Gewohnheiten fordern, um ein wiederholtes Auftreten der Pandemie zu verhindern, indem sie uns auffordern, Abstand zu halten, unsere Kontakte und die Art und Weise, wie wir uns fortbewegen, einzuschränken. Wir sagen: Wenn etwas geändert werden muss, dann ist es das Wirtschaftsmodell.

Die wahre Katastrophe bestünde aus Verzicht und Defätismus. Um dies zu verhindern, rät Victor Hugo, "*die Katastrophe durch das bisschen Angst, das sie uns macht, zu überraschen*". Doch der Schriftsteller erinnert uns daran, dass wir "*versuchen, trotzen, nicht nachlassen, Ausdauer zeigen, uns selbst treu bleiben, mit dem Schicksal eins werden (...)* durchhalten, standhalten" müssen. Die Zeit drängt, denn hinter der Gesundheitskrise zeichnen sich bereits soziale und wirtschaftliche Krisen ab.

Dies ist, in aller Bescheidenheit, der Anspruch dieser Resolutionen.

Patrick LEBRUN

Generalsekretär der IRW-CGSP

Laurent PIRNAY

Stellvertretender Generalsekretär der IRW-CGSP

WIEDER IN DIE OFFENSIVE GEHEN!

Nach 2 Jahren des Wartens und mehreren Verzögerungen hat die IRW-CGSP am 5. und 6. Mai ihren 10. Kongress abgehalten.

Es war der Anlass, das 40-jährige Bestehen der IRW-CGSP gemeinsam zu feiern. Ein Kongress, der den Ton der Forderungen und Unternehmungen der IRW-CGSP von morgen abgab und der der Kultur, die in den letzten Jahren besonders gelitten hatte, besondere Aufmerksamkeit schenkte.



Der ideologische Kongress der IRW-CGSP war ein Moment des brüderlichen Zusammenkommens und der politischen Grundlage und hat seine Ambitionen keinesfalls verfehlt, nachdem er zwei Jahre lang aufgrund von Gesundheitseinschränkungen in Verbindung mit der COVID-Pandemie verschoben werden musste. Auch wenn die Mandate im September 2020 erneuert werden konnten, war die Säule eines Gewerkschaftskongresses nicht vorhanden: es war untersagt, sich zahlreich zu versammeln. Aus diesem Grund hatten die Gewerkschaftsgremien entschieden, den politischen Teil des Kongresses, der den Grundstein für die Arbeit der Gewerkschaft in den kommenden Jahren bildet, auf Mai 2020 zu verschieben. Am 5. und 6. Mai haben wir also an einem ideologischen Kongress zur Mitte der Amtszeit (2022-2024) teilgenommen, dessen Gewicht trotz allem sehr bedeutend war für eine neue, interne, kollektive Dynamik und für das Festlegen neuer Schlüsselaspekte der Mobilisierung, der Forderungen und der Überlegungen, die in den nächsten zwei Jahren anstehen. Das Ziel eines Gewerkschaftskongresses ist es, ein Projekt für die IRW-CGSP, ihre hauptberuflichen Delegierten, Delegierte und vor allem ihre Mitglieder vorzustellen und umzusetzen. Anlässlich eines Kongresses verschwimmen ebenfalls die Grenzen zwischen Sektoren und Regionalen und schaffen Platz für das Entdecken neuer Forderungsgebiete und für das Brückenbauen zwischen gewerkschaftlichen und arbeitsbezogenen Erfahrungen.

Der eineinhalbtägige Kongress 2022 der IRW-CGSP war ausschlaggebend für fruchtbare und vielfältige Momente der Überlegung und des Austausches, die sich um drei Schlüsselereignisse drehten: die Präsentation (auf die am nächsten Morgen eine Abstimmung folgte) der politischen Resolutionen der IRW-CGSP (über die zuvor in den Sektoren und Regionalen debattiert wurde), die Sie in dieser Sonderausgabe finden, eine Gesprächsrunde mit externen Gästen zum Thema Föderalismus (zur Vorbereitung auf die Gespräche über die 7. Staatsreform) und die Aufführung eines kämpferischen Theaterstücks vor den Kongressteilnehmern über die Verteidigung der sozialen Sicherheit.

Hinter dem Slogan "Wieder in die Offensive gehen!" verbirgt sich der Ansatz/Wille, sich nicht mehr mit der bloßen Wahrung unserer Errungenschaften zu begnügen, sondern unser gemeinsames Erbe (unsere öffentlichen Dienste!) aufzuwerten und wieder einen linken politischen Diskurs zu schaffen, unseren Diskurs, der daran erinnert, dass die öffentlichen Dienste im Zentrum der Umverteilung von Reichtum und Ressourcen stehen – für eine echte Gleichheit und im Dienste der Bürgerinnen und Bürger. Dies war auch der Grundgedanke der Reden des Generalsekretärs der wallonischen FGTB – Genosse Jean-François Tamellini – und des Präsidenten der föderalen FGTB – Genosse Thierry Bodson –, die sich auf die Bedeutung der öffentlichen Dienste und die berufsübergreifende Unterstützung für ihre Verteidigung



konzentrierten, ohne zu vergessen, die faschistischen Tendenzen zu verurteilen, mit denen das Land und Europa seit den letzten Jahren zu kämpfen haben. Der Genosse Patrick Lebrun kündigte seinerseits die Einleitung strategischer Überlegungen der gesamten Gewerkschaftsorganisation rund um die 7. Staatsreform an. Gemeinsam sollen wir so unsere Forderungen festlegen und vorbereitet sein auf die Gespräche, die anlässlich der nächsten Europa-, Föderal-, Regional- und Gemeinschaftswahlen im Jahr 2024 stattfinden werden.

EINE GESPRÄCHSRUNDE FÜR EINE GRUNDLEGENDE DEBATTE

Ein Schlüsselmoment des Kongresses war die Gesprächsrunde zu den flämischen Forderungen nach einer 7. Staatsreform, die bereits seit einigen Monaten das politische Spektrum bestimmen. Die IRW-CGSP will sich zu diesen Fragen, die für die öffentlichen Dienste und die soziale Sicherheit von grundlegender Bedeutung sind, positionieren. Zu diesem Zweck hat sie eine Ausgabe der Reihe *Politique* (belgische Zeitschrift über Analysen und Debatten) zum Thema "*La Wallonie à l'heure des choix*" (Die Wallonie zur Stunde der Entscheidungen) herausgegeben¹. Die in dieser 195-seitigen Ausgabe versammelten Beiträge zeichnen ein breites Bild der Wallonischen Region und der politischen, sozialen, wirtschaftlichen und finanziellen Aussichten angesichts einer bevorstehenden neuen institutionellen Reform.

Vor diesem Hintergrund wurde die Gesprächsrunde des Kongresses gestaltet und organisiert, bei der Marie-Kristine Vanboeckstal, Generalverwalterin des Forem, Fabrice Jacquemart, Direktor der Form'action, André Renard, und Édouard Delruelle, Professor für Philosophie an der Universität Lüttich, über den Föderalismus debattierten. Die Gesprächsrunde wurde moderiert von Vaia Demertzis, Chefredakteurin der Zeitschrift *Politique*.

Es wurde über die Bedeutung und das Interesse einer Gewerkschaftsorganisation gesprochen, sich mit der Frage des wallonischen Regionalismus zu befassen, über die flämischen Vorbereitungen auf eine 7. Staatsreform und die Auswirkungen dieser Pläne auf die Wallonische Region sowie darüber, wie man einen Sozialstaat und öffentliche Dienste auf wallonischer Ebene gestalten und umsetzen kann. Die Gespräche und der Austausch mit dem Publikum konzentrierten sich anschließend auf die Risiken und Perspektiven im Bereich der sozialen Sicherheit und die Notwendigkeit, dass die Wallonische Region sich intensiv auf die Verhandlungen vorbereitet. Die IRW-CGSP will eine Vorreiterrolle einnehmen und noch in diesem Jahr intern mit den Überlegungen beginnen.

FINGER WEG VON MEINER SOZIALEN SICHERHEIT!

So lautet der Titel des Theaterstücks, das erstmals auf dem Kongress der IRW-CGSP am 5. Mai 2022² aufgeführt wurde. Der Generalsekretär, Patrick Lebrun, hatte die Idee, dieses Theaterstück in den Kongress im Mai 2022 einzubauen. Es war gewissermaßen eine konkrete Möglichkeit, den Kultur- und Kunstsektor hervorzuheben, der in den letzten zwei Jahren so sehr unter der Schließung von Veranstaltungsorten für die Zusammenkunft von Menschen gelitten hat.

Die Herausforderung bestand darin, Geschichten aus dem Alltag zu erfinden, zu inszenieren und darzustellen, die die soziale Sicherheit in Belgien thematisieren,

1. Diese Ausgabe kann auf der Website der Zeitschrift bestellt werden: www.revuepolitique.be, info@revuepolitique.be

2. Dieses Stück ist aus der Zusammenarbeit zwischen Jean-Henri Drèze für das Verfassen und die Regie, den Schauspielern Hélène Bellet und Maximilien Herry für die Inszenierung, Fanfan Rahir und Natalia Blanch für die szenografische Gestaltung und die Anfertigung der Kostüme sowie Tristan Herry für die Tongestaltung entstanden.

ausgehend von ihren Ursprüngen, ihrer aktuellen Realität und ihrer Zukunft. Der Comic "Un coeur en commun – la belge histoire de la sécurité sociale" ("Ein gemeinsames Herz – die belgische Geschichte der sozialen Sicherheit") von Harald Franssen war der Ausgangspunkt für die Entstehung des Stücks.

Das Stück ist in mehrere Bilder gegliedert. Das erste Bild behandelt die Themen Industrialisierung, Arbeiterklasse, Arbeitsmarkt und Kapitalismus. Das zweite Bild zeigt die soziale Sicherheit, ihre Entwicklung, ihre Funktionsweise und die damit zusammenhängende notwendige Verteidigung. Das dritte Bild zeigt die fortschreitende Entflechtung der sozialen Sicherheit, die zu ihrer endgültigen Abschaffung führen könnte. Das letzte Bild zeigt die sozialen, wirtschaftlichen und medizinischen Folgen, wenn wir keinen Schutz mehr hätten, der auf der Solidarität der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beruht.

EIN THEATERSTÜCK DER INTERVENTION FÜR GEWERKSCHAFTLICHES ENGAGEMENT

"Finger weg von meiner sozialen Sicherheit!" ist ein sogenanntes Theaterstück der Intervention, bei dem es darum geht, die üblichen Orte für Theateraufführungen zu verlassen, um den Menschen und deren Realitäten näher zu begegnen. Ziel ist es, die Menschen zu informieren, Diskussionen anzuregen und sie gemeinsam für die so wichtige Erhaltung und Stärkung der sozialen Sicherheit zu mobilisieren.

Das Bühnenbild, das auf einem leichten, anpassungsfähigen und leicht transportierbaren System basiert, wurde so konzipiert, dass es der Aussage und der Inszenierung der Aufführung am besten dient. Die Wahl des Materials richtete sich auf die ausschließliche Verwendung von Karton. Karton drückt nämlich symbolisch die Zerbrechlichkeit des Arbeitnehmers gegenüber dem Kapitalismus aus. Wenn sich die einzelnen Stücke Karton jedoch vereinen, wird die gesamte Struktur gestärkt und verfestigt, ähnlich wie die

die Solidarität zwischen Arbeitnehmern durch den Mechanismus der sozialen Sicherheit.

Die Aufführung des Theaterstücks kam bei den anwesenden Kongressteilnehmern positiv an. Diese positive Resonanz bestärkt die IRW-CGSP in ihrem Bestreben, den wesentlichen Charakter der kämpferischen Kunst in ihren Reihen zu bekräftigen. Denn Theater und andere künstlerische Ausdrucksformen können als eines von vielen Mitteln dazu dienen, die von der IRW-CGSP entwickelten gesellschaftlichen Themen zu verteidigen, diese in die richtige Perspektive zu rücken und zur Debatte zu stellen.

EINE FOTOAUSSTELLUNG

Ein weiterer kultureller Beitrag: Während des gesamten Kongresses fand im Debattenbereich eine Fotoausstellung der Cité Miroir (Lüttich) mit dem Titel "Matrimoine" ("Matrimonium") statt. Nein, "Matrimonium" ist kein Wort, das in den letzten Jahren erfunden wurde. Es existiert seit mehreren Jahrhunderten und wurde nach und nach zugunsten des Begriffs "Patrimonium" aufgegeben, der seit dem Mittelalter die Frauen dem Eigentum der Väter und Ehemänner unterordnet. Die Ausstellung greift den Begriff neu auf und thematisiert verschiedene Lebenswege wallonischer Frauen, die sich an außergewöhnlichen Orten bewährt haben. Dies bot die Gelegenheit, Orte hervorzuheben, die die Erinnerung an die Taten, Kämpfe und Schöpfungen dieser Frauen in sich tragen. In Form eines fotografischen Rundgangs durch das wallonische Matrimonium wurden die Besucher angeregt, sich über die Stellung der Frau im öffentlichen Raum und deren Rolle in verschiedenen architektonischen, sozialen und politischen Bewegungen in der Wallonie Gedanken zu machen.



UND AUCH ALS FACEBOOK LIVE!

Erstmals wurde der ideologische Kongress der IRW-CGSP im Mai 2022 auch als Live-Facebook übertragen! Wir feierten ein doppeltes Jubiläum: Der 10. Kongress fiel mit dem 40-jährigen Bestehen der IRW-CGSP zusammen, und das musste gefeiert werden! Und deshalb wollten wir so vielen von Euch wie möglich die Teilnahme an diesen Feierlichkeiten ermöglichen.

So konntet Ihr einen Großteil der Debatten live auf Facebook sehen (oder wiedersehen), als ob Ihr dabei gewesen wärt. Wir haben Euch die Höhepunkte des Kongresses live miterleben lassen, angefangen bei den Eröffnungs- und Abschlussreden unseres Generalsekretärs Patrick Lebrun. Da es sich um einen ideologischen Kongress handelte, wurden auch die verabschiedeten Resolutionen live übertragen, ebenso wie die Debatte über den Föderalismus, die angesichts der bevorstehenden 7. Staatsreform ein wichtiges Thema ist. Ebenfalls live zu sehen waren die Reden unseres Präsidenten, Michel Meyer, und von prominenten Gästen wie Jean-François Tamellini, dem Generalsekretär der wallonischen FGFB, und Thierry Bodson, dem Präsidenten der föderalen FGFB.

Kurzum, dank dieser Direktübertragung ist Euch nichts von den Höhepunkten unseres Kongresses entgangen. Aber das ist noch nicht alles! Auf der Facebook-Live-Bühne folgte eine ganze Reihe von Gästen aus den verschiedensten Kreisen. Sie wurden von der RTBF-Journalistin Christine Lenaerts interviewt und sprachen über verschiedene Themen, die mit den Schwerpunkten unseres Kongresses zusammenhingen: natürlich über den Föderalismus, aber auch über die soziale Sicherheit oder die öffentlichen Finanzen. Auch "hauseigene" Gäste kamen, um über die Arbeit des Frauenbüros der IRW-CGSP, des Jugendausschusses oder des Ausschusses für Pensionierte zu sprechen. Es war auch eine Gelegenheit, mit Patrick Lebrun und Laurent Pirnay über die Resolutionen und ihre Änderungsanträge zu sprechen und darüber, was die Schwerpunkte unserer Gewerkschaft in den kommenden Jahren sein werden. Es war auch eine Gelegenheit, Euch durch unsere Videoclips Ereignisse in Bildern wieder aufleben zu lassen, die die Gewerkschaftsgeschichte, die Geschichte der CGSP oder die jüngsten Maßnahmen und Kämpfe der IRW-CGSP geprägt haben.

Mit Facebook-Live wollte die IRW-CGSP die Stimmung, den Austausch, die Überlegungen und die Verpflichtungen, die einen Kongress – und insbesondere diesen – zu einem außergewöhnlichen Moment im Leben einer Gewerkschaft machen, so eng wie möglich mit Euch teilen.

DER KONGRESS ALS VIDEO

Wenn Ihr Euch die Höhepunkte unseres 10. Kongresses, der am 5. und 6. Mai im Castel de Pont-à-Lesse stattgefunden hat, noch einmal ansehen wollt, dann verpasst nicht die Veröffentlichung unserer nächsten Videoclips!

Um die Stimmung und die Entscheidungen dieses wichtigen Moments im Leben unserer Organisation wieder aufleben zu lassen, haben wir vier kurze Zusammenfassungen in Bildern veröffentlicht:

- Die Eröffnung des Kongresses und die Ansprache von Patrick Lebrun, Generalsekretär der IRW-CGSP.
- Fokus auf die auf dem Kongress verabschiedeten Resolutionen.
- Die Gesprächsrunde zum Thema Föderalismus und die Aussicht auf eine 7. Staatsreform.
- Die Reden von Jean-François Tamellini, Generalsekretär der wallonischen FGFB, und Thierry Bodson, Präsident der FGFB.

Seit Juli auf unseren sozialen Netzwerken und unserer Website zu finden!



*Jean-François Tamellini,
Secrétaire général de la FGFB wallonne*



*Thierry Bodson,
Président de la FGFB fédérale*

UNSERE RESOLUTIONEN DES KONGRESSES

DIE ÖFFENTLICHEN AUSGABEN

*"Das Revolutionärste, was man tun kann, ist immer
laut zu verkünden, was passiert."*

Rosa Luxemburg

KONTEXT

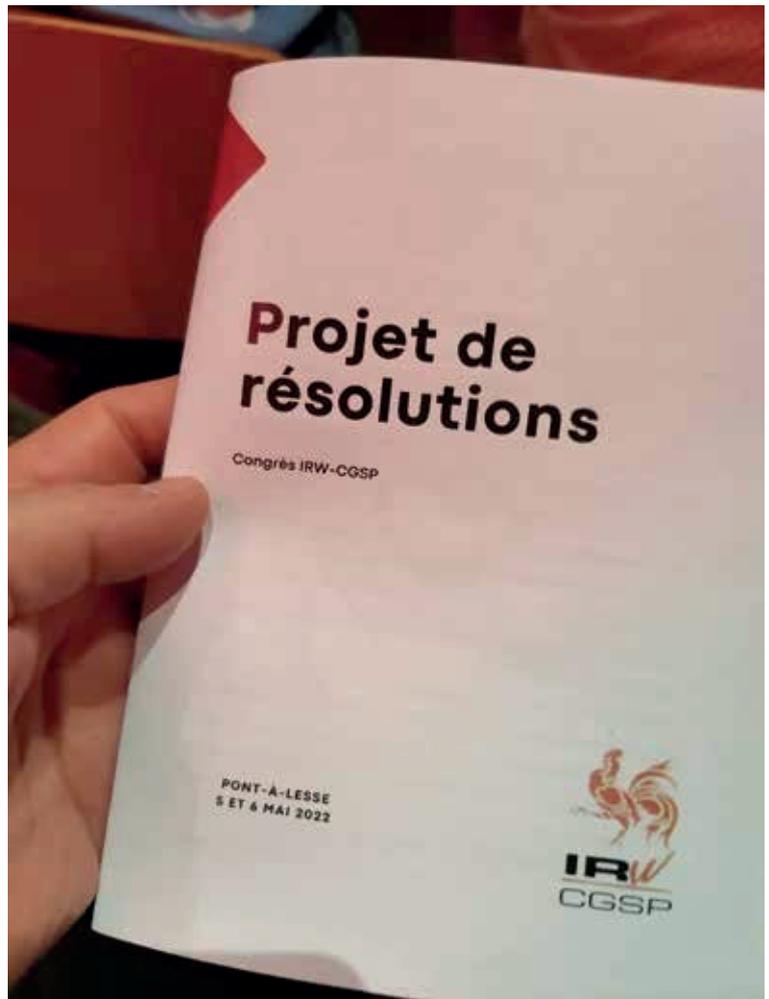
In der Politik und in den traditionellen Medien ist es üblich, das Ausmaß der Staatsausgaben und die angebliche Belastung des allgemeinen Staatshaushalts durch diese Ausgaben anzuprangern. Sie werden (von wem? warum?) als zu hoch bezeichnet, weil sie die Wirtschaft des Landes behindern und das Defizit und die Staatsverschuldung erhöhen würden. Die öffentlichen Ausgaben sind also von allen Übeln behaftet und bilden den Nährboden für alle Beschuldigungen der Nachlässigkeit und der schlechten Verwaltung.

Die Bewältigung der Gesundheitskrise hat jedoch deutlich gemacht, dass öffentliche Ausgaben massiv eingesetzt werden müssen, um eine große soziale Krise zu verhindern. Was die Gesundheitskrise ebenfalls offenbart hat, ist, dass Ausgabenkürzungen bei den öffentlichen Diensten eine Verarmung der Gesellschaft und eine ernsthafte Bedrohung für die gesamte Bevölkerung darstellen.

Nein, die öffentlichen Verwaltungen geben nicht zu viel aus!

Öffentliche Ausgaben sind sozial und wirtschaftlich sinnvoll und wirksam, sie schaffen Wohlstand!

Sie sind keineswegs eine Bürde, sondern ein wesentliches Element zur Unterstützung des Konsums der Haushalte und der Investitionen.





WIEDER IN DIE OFFENSIVE GEHEN FÜR DIE ÖFFENTLICHEN AUSGABEN

Die IRW-CGSP erinnert daran, **dass die öffentlichen Ausgaben keine Entnahme aus dem produzierten nationalen Reichtum darstellen, sondern massiv an der Schaffung von sozialem wie wirtschaftlichem Reichtum beteiligt sind.** Es ist dringend notwendig, die öffentlichen Ausgaben aufzuwerten und die Aufgaben wieder zu internalisieren!

Die Finanzierung der öffentlichen Dienste muss hauptsächlich **über direkte Steuern, die alle Einkommen umfassen, und progressive Steuern** erfolgen.

Die IRW-CGSP erinnert daran, dass Haushalts- und Rechnungslegungsstandards in erster Linie **politische Entscheidungen** sind und als solche angefochten werden können.

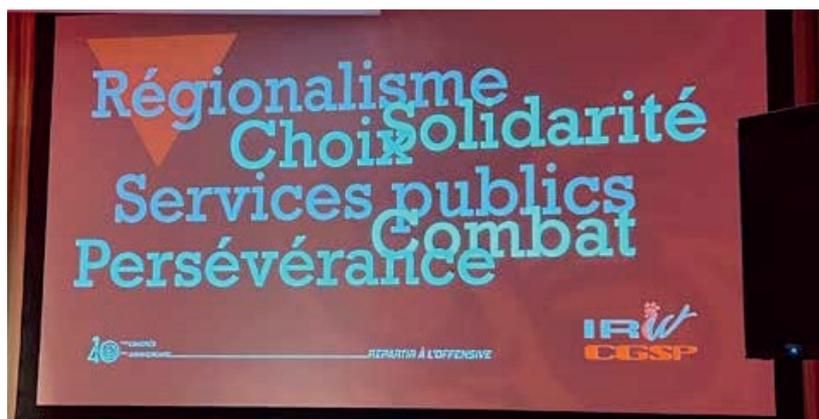
Die IRW-CGSP lehnt die verschiedenen Techniken des "Ausgabenscreenings" (einschließlich des BASIS-NULL-HAUSHALTSPLANS) ab, die darauf abzielen, die Mittel für den öffentlichen Dienst zu kürzen.

Ein ausgeglichener Haushalt ist wirtschaftlich nicht gerechtfertigt. Es ist legitim, öffentliche Investitionen durch ein öffentliches Defizit zu finanzieren und damit soziale und ökologische Investitionen über den Grundsatz des ausgeglichenen Haushalts zu stellen. Für die IRW-CGSP führt das kapitalistische System mit seiner kurzfristigen Vision der Profitmaximierung durch die Produktion von Waren und Dienstleistungen, die von den tatsächlichen Bedürfnissen der Menschen losgelöst sind, zu einer Verschlechterung der Lebensbedingungen, der Sozialsysteme und des Ökosystems. Die Wirtschaftstätigkeit muss in den Dienst der gesamten Bevölkerung gestellt werden, d. h. die Produktion von Waren und Dienstleistungen muss auf die Befriedigung des allgemeinen Interesses ausgerichtet sein. **Es ist daher dringend notwendig, über eine demokratische Planung der Wirtschaft nachzudenken, um der Konkurrenz der Sozialsysteme, der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und der übermäßigen Belastung der Umwelt und der natürlichen Ressourcen ein Ende zu setzen** und das Profitstreben durch die Befriedigung der kollektiven Bedürfnisse und der Umweltaforderungen zu ersetzen.

Die öffentlichen Ausgaben sind keine Last, sondern eine andere Art der Wohlstandsschaffung, die durch die Herauslösung von Diensten und Leistungen und dem Marktbereich auf der Grundlage einer kollektiven und progressiven Finanzierung den gleichen Zugang für alle sicherstellt. Die Entwicklung der öffentlichen Dienste und der sozialen Sicherheit trägt potenziell die Infragestellung des kapitalistischen Systems in sich. Mit der Behauptung, dass die öffentlichen Ausgaben etwa 50 Prozent des BIP ausmachen, beweist die öffentliche Hand, dass eine moderne Wirtschaft antikapitalistisch sein kann. Die IRW-CGSP erinnert daran, dass die öffentlichen Ausgaben zur Schaffung von Wohlstand im Land beitragen.



REPARTIR À L'OFFENSIVE



DIE STAATSVerschULDUNG ABBAUEN

"Man kann von einem Staat nicht erwarten, dass er seine Schulen und Universitäten und seine Gerichte schließt, dass er die öffentlichen Dienste aufgibt, so, dass er seine Bevölkerung dem Chaos ausliefert, nur um über Geld zu verfügen, mit dem er seine ausländischen oder inländischen Gläubiger bezahlen kann. Es gibt Grenzen für das, was man von einem Staat erwarten kann, genau wie von einem Menschen."

Kommission der Vereinten Nationen für internationales Recht, 1980

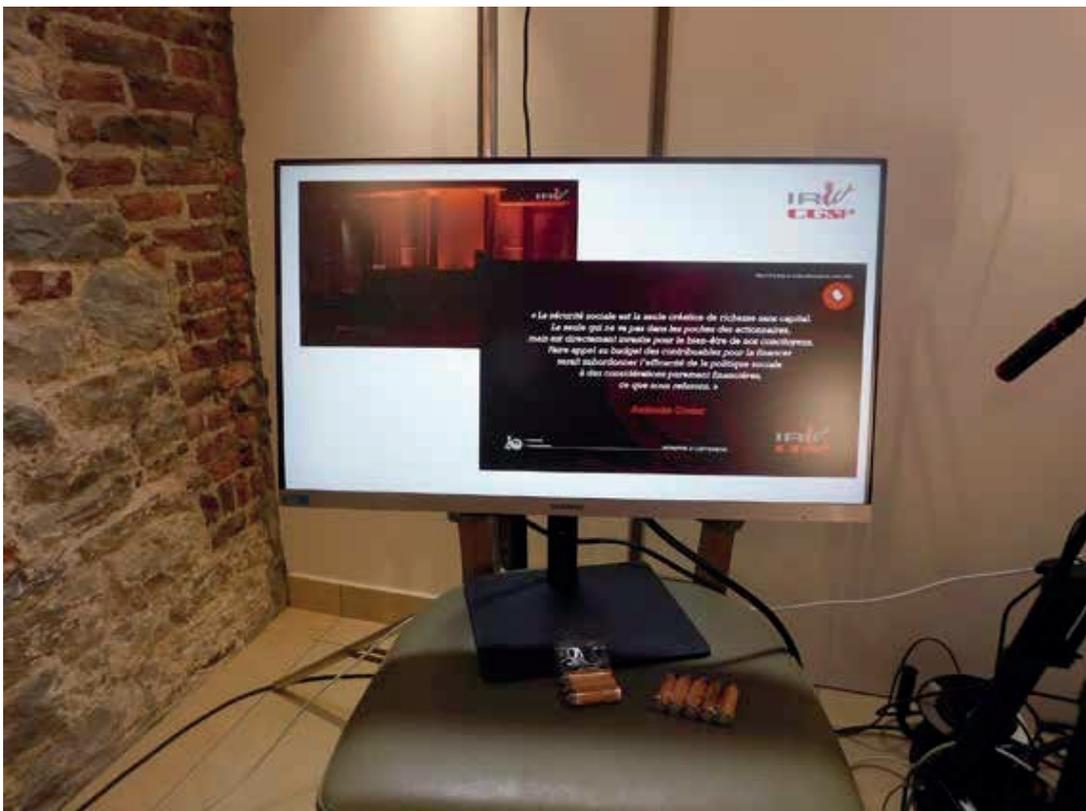
KONTEXT

Der Pressewirbel um die "Krise" der Staatsverschuldung lenkt unsere Aufmerksamkeit seit mehreren Jahren von den Auswirkungen der steuerlichen Gegenreformen ab: Verringerung der Staatseinnahmen, geringere Umverteilung des Wohlstands, Zunahme der Ungleichheiten. Dieser erhebliche Rückgang der Staatseinnahmen zwingt die öffentliche Hand dazu, Kredite aufzunehmen, um diesen Verlust zu kompensieren. Diese "Krise" der Staatsverschuldung dient als Vorwand, um eine sehr harte Offensive gegen die wirtschaftlichen und sozialen Rechte der Bürger im Allgemeinen und der Arbeitnehmer im Besonderen zu führen, indem die Sparpolitik unterstützt wird.

Die Staatsverschuldung beschränkt sich keineswegs auf ein rein buchhalterisches Verständnis, sondern ist in Wirklichkeit eine soziale und politische Herausforderung,

die die Umverteilung des Wohlstands betrifft. Ein Staat muss sich verschulden können, insbesondere wenn es darum geht, in die öffentlichen Dienste und in große Infrastrukturprojekte zu investieren. Die öffentliche Kreditaufnahme ist ein Instrument, das den Regierungen zur Verfügung steht, um im allgemeinen Interesse der gemeinschaftlichen Einrichtungen zu handeln.

Die IRW-CGSP möchte den Mythos widerlegen, dass das Bestehen der Staatsverschuldung eine Belastung für künftige Generationen darstellt. Diese Behauptung ist ein bequemer Weg, um uns dazu zu bringen, eine Sparpolitik zu akzeptieren, die unseren Interessen zuwiderläuft. Wir fordern die sofortige Umstrukturierung und sogar den Erlass der strukturellen Schulden.





WIEDER IN DIE OFFENSIVE GEHEN, UM... **DIE STAATSVerschULDUNG ABZUBAUEN**

Die IRW-CGSP weist darauf hin, dass die Staatsverschuldung derzeit **eine Einnahmequelle für private Banken** ist, die den Staaten nur allzu gerne Kredite gewähren und sich bei Ankaufkampagnen durch die EZB nur ungern von öffentlichen Wertpapieren trennen. Damit beweisen die Banken, dass sie nicht an das Gerede vom Staatsbankrott glauben.

Die Bewältigung der Pandemie, die die Bedeutung der öffentlichen Ausgaben hervorgehoben hat, war gleichbedeutend mit einem erheblichen Anstieg der Staatsverschuldung. Zwar haben die EU-Institutionen durch die Aktivierung der Flexibilitätsklausel die Anwendung der Regeln zur Senkung der Staatsverschuldung und des Haushaltsdefizits vorübergehend außer Kraft gesetzt, doch wird diese Entscheidung nicht lange Bestand haben und die Sparmaßnahmen werden wieder in Kraft treten.

In diesem Zusammenhang betont die IRW-CGSP, dass die Bevölkerung ohne starke Maßnahmen weitere Angriffe auf die öffentlichen Dienste und die soziale Sicherheit erleiden wird, wodurch sie ein zweites Mal die Folgen der Pandemie und des damit verbundenen Umgangs zu spüren bekommen wird.

Darüber hinaus werden uns die künftigen Sparmaßnahmen im Falle eines erneuten Ausbruchs der Pandemie noch verwundbarer machen. **Der Abbau der Staatsverschuldung kann nicht länger ein Ziel der Haushaltspolitik sein.**

Aus diesen Gründen fordert die IRW-CGSP:

- eine **transparente Prüfung der Staatsverschuldung** auf föderaler, wallonischer und gemeinschaftlicher Ebene im Hinblick auf ihre Umstrukturierung und die Streichung illegaler, unrechtmäßiger Schulden ...
- den Schuldenabbau durch die Nutzung einer **öffentlichen Bank** und eine Reform der EZB;
- die **Sozialisierung von Belfius**, um dem Unternehmen einen Auftrag im Sinne des öffentlichen Dienstes zu erteilen und es zur Finanzierung des Übergangs zu einer grünen Wirtschaft und zur Refinanzierung der Schulden zu 0 % bei der EZB zu nutzen (siehe Resolution Nr. 4 "Steuern");
- die **Schaffung einer öffentlichen wallonischen Bank** oder einer wallonischen Investitionskasse und das Heranziehen der Ersparnisse der wallonischen Bürger;
- dass die Geldschöpfung und -verteilung in den Händen der öffentlichen Hand liegen;
- die Immunisierung der öffentlichen sozialen und wirtschaftlichen Investitionen aller Teilbereiche und den Ausstieg aus der Austerität (siehe Resolution Nr. 2 "Öffentliche Investitionen");
- die Organisation einer "Zwangsanleihe" zum Nulltarif für Banken und die größten Vermögen, die Kapitalbesitzer dazu zwingt, der öffentlichen Hand Kredite zum Nulltarif zu gewähren;
- Abbau der Schulden, **indem die Kapitalbesitzer zur Kasse gebeten werden** (siehe Resolution Nr. 4 "Steuern").

EIN PLAN FÜR ÖFFENTLICHE INVESTITIONEN

"Ich nehme nicht länger die Dinge hin, die ich nicht ändern kann. Ich ändere die Dinge, die ich nicht hinnehmen kann."

Angela Davis

KONTEXT

Die Folgen der COVID-Krise haben die Notwendigkeit öffentlicher Investitionen für den Ausbau der öffentlichen Dienste und der Infrastruktur, aber auch als wesentlicher Bestandteil für die Wiederankurbelung der gesamten Wirtschaft deutlich gemacht.

Nachdem die Ausgaben für öffentliche Investitionen in den 80er Jahren sehr stark gesunken waren, sind sie in Belgien seit Anfang der 90er Jahre stabil und liegen zwischen 2 und 2,5 Prozent des BIP. Dennoch ist Belgien neben Deutschland einer der Mitgliedstaaten des Euroraums mit den niedrigsten öffentlichen Investitionen. **Die belgischen Unterinvestitionen sind strukturell bedingt: Sie sind eine politische Entscheidung!**

Die Art und Weise, wie öffentliche Investitionen bei der Anwendung der EU-Regeln berücksichtigt werden, muss überarbeitet werden, damit die öffentlichen Investitionsausgaben aus der nationalen Buchführung der Mitgliedstaaten heraustreten.

Die IRW-CGSP fordert einen Mindeststandard für öffentliche Investitionen in Belgien, der mit den Empfehlungen des IWF vergleichbar ist, der ein Ziel von 3,6 bis 4,8% des BIP für öffentliche Investitionen unterstützt.





WIEDER IN DIE OFFENSIVE GEHEN FÜR ...

EINEN PLAN FÜR ÖFFENTLICHE INVESTITIONEN

Die IRW-CGSP fordert eine **Wiederherstellung der öffentlichen Investitionen**, um dem Bedarf an der Entwicklung der öffentlichen Dienste gerecht zu werden, damit eine bessere Umverteilung der öffentlichen Mittel gewährleistet ist, und der Logik der öffentlich-privaten Partnerschaften ein Ende gesetzt wird. Die IRW-CGSP fordert daher ein nachhaltiges Wachstum der öffentlichen Investitionen.

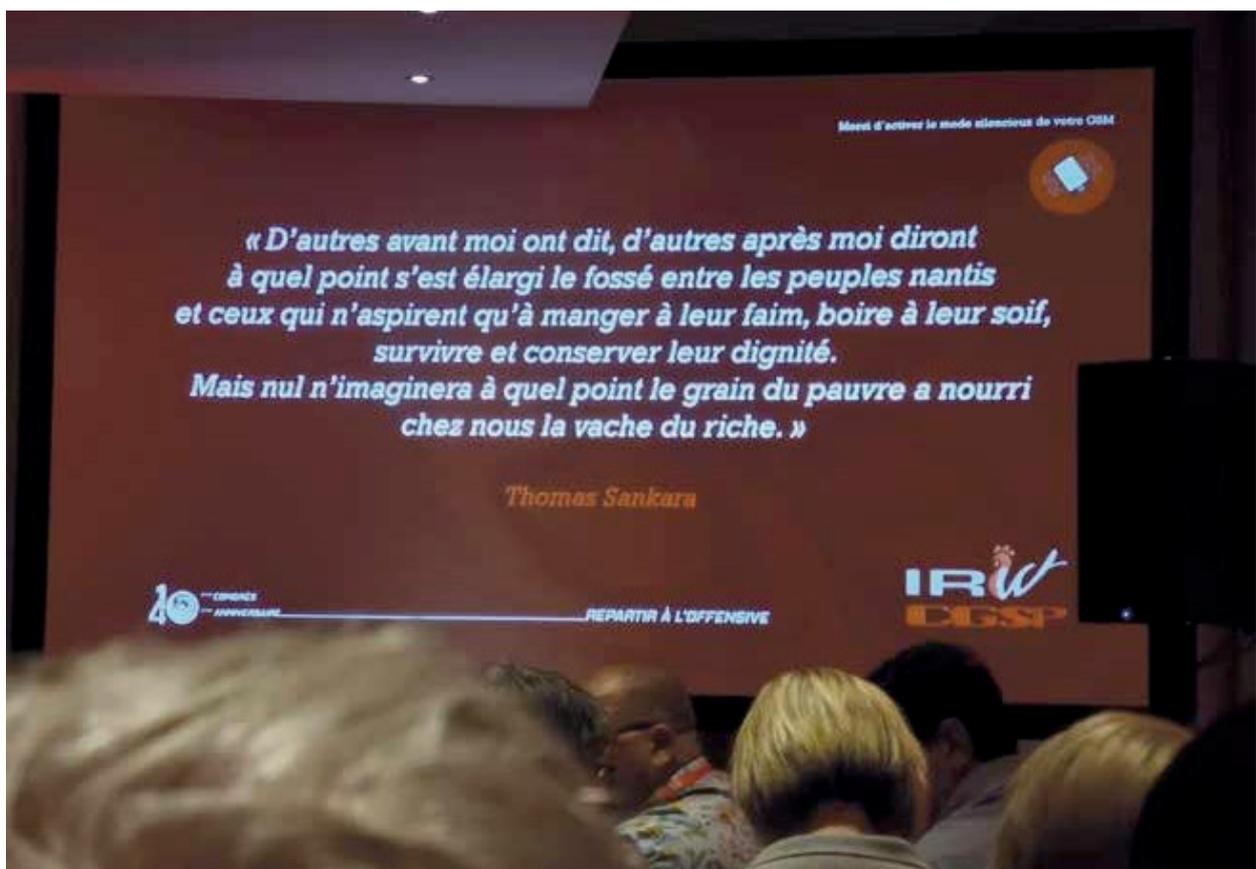
Die IRW-CGSP fordert einen nationalen Pakt, der einen speziellen Bestandteil für öffentliche Investitionen enthält und der die Haushaltsziele durch Regeln verteilt, die, wenn sie einmal erlassen sind, keine Verhandlungen erfordern und die verschiedenen Machtebenen binden. In diesem Pakt würden die Ziele für Einheit I (Föderalstaat und soziale Sicherheit) und Einheit II (förderierte Gebietskörperschaften und lokale Behörden) unterschiedlich festgelegt. Innerhalb von Einheit II würden die Ziele dann für drei verschiedene Gebietskörperschaften gelten: Flandern, die Wallonie und Brüssel.

Die IRW-CGSP fordert den **Vorrang sozialer und ökologischer Investitionen** vor dem Grundsatz des ausgeglichenen Haushalts sowie eine geografisch gerechte Verteilung aller Investitionen.

Schließlich müssen sich öffentliche Investitionen auch auf die **Entwicklung von Spitzentechnologien** beziehen, um die Verluste in der Schwerindustrie zu kompensieren. Sie müssen daher Teil einer Strategie zur **Verlagerung von Tätigkeiten** sein.



REPARTIR À L'OFFENSIVE



GERECHTE UND PROGRESSIVE STEUERN: FÜR EINE GERECHTERE GESELLSCHAFT

"Ein Staat hat zwei Möglichkeiten, um seine Ausgaben zu finanzieren: durch Steuern oder durch Schulden. Im Allgemeinen sind Steuern, was Gerechtigkeit und Wirksamkeit angeht, eine unendlich bessere Lösung."

Thomas Piketty

KONTEXT

Steuern sind ein wichtiges politisches Thema. Die Art und Weise, wie Steuern organisiert und strukturiert sind oder sich entwickeln, hat einen direkten Einfluss auf die öffentlichen Dienste, für die Steuern die Hauptfinanzierungsquelle sind.

Die Regierung will uns weißmachen, dass die belgischen Arbeitnehmer diejenigen sind, die am meisten besteuert werden und dass die Arbeitnehmer auf der anderen Seite zu viele Arbeitgeberbeiträge zahlen. Außerdem wird so versucht, die Grenzen zwischen Steuern und Sozialschutz zu trüben.

Seit mehr als 30 Jahren haben alle aufeinanderfolgenden Regierungen systematisch die Sozialbeiträge gesenkt, wobei sie gleichzeitig auch die Mittel der sozialen Sicherheit heruntergekurbelt haben. In den letzten 30 Jahren war kein signifikanter Anstieg der Beschäftigungsquote zu verzeichnen. Die Gehälter der Manager und die Dividenden der Aktionäre sind jedoch exponentiell in die Höhe geschneit. Den Zusammenhang zwischen diesen beiden Tatsachen nicht zu erkennen, ist unaufrichtig und bildet die Grundlage für die derzeitige Sturheit, die gleiche desaströse Politik zu verfolgen, um immer wieder die gleichen miserablen Ergebnisse zu erzielen!

Unsere Vorschläge für mehr Steuergerechtigkeit:

Progressive Besteuerung und Globalisierung der Einkünfte

Man muss es immer wieder sagen: Progressivität ist eine Konkretisierung der Gleichheit. Die progressive Steuer ist ein bewährtes Instrument zur Bekämpfung der wachsenden Ungleichheiten bei Einkünften und Vermögen an der Spitze der Rangordnung. Heute ist die progressive Besteuerung bei niedrigen und mittleren Einkünften hoch und bei hohen Einkünften niedrig. Dies gilt umso mehr, als bestimmte Einkunftsarten (insbesondere Einkünfte, zu denen Personen mit niedrigem Einkommen keinen Zugang haben, wie z. B. Mieteinnahmen oder Einkünfte aus beweglichem Vermögen) der progressiven Besteuerung entgehen, da es im belgischen Steuersystem keine Globalisierung der Einkünfte gibt.

Daher ist für die IRW-CGSP nicht die Höhe der Lohnsteuer das Problem, sondern die Tatsache, dass ein großer Teil der Einkünfte der Besteuerung entgeht oder aufgrund von Steuerbefreiungsmaßnahmen nur niedrig besteuert wird.

Wirksame Bekämpfung von Steuerhinterziehung

Steuerhinterziehung scheint für manche Menschen zum Sport geworden zu sein. Das geht so weit, dass sich die Steuerhinterziehung in Belgien auf 30 Milliarden Euro pro Jahr beläuft. Diese enorme Summe ist einerseits auf das Bankgeheimnis zurückzuführen, das es den Wohlhabenden ermöglicht, Steuern zu umgehen, und andererseits auf den fehlenden politischen Willen, der Steuerverwaltung die erforderlichen menschlichen, finanziellen und rechtlichen Mittel zur Verfügung zu stellen, um die notwendigen Kontrollen durchzuführen.

Rückkehr zu einer fairen Gesellschaftssteuer

Die Steuer auf Unternehmensgewinne ist aufgrund von Steuervergünstigungen wie fiktiven Zinsen unnatürlich niedrig.





WIEDER IN DIE OFFENSIVE GEHEN FÜR ... **GERECHTE UND PROGRESSIVE STEUERN**

Für die IRW-CGSP ist die Besteuerung das bevorzugte Mittel, **um eine immer gerechtere und egalitäre Gesellschaft anzustreben**. Eine Gesellschaft, in der die Steuererhebung auf der Grundlage progressiver Kriterien gerecht verteilt wird, die das Anfangsvermögen, die gesamten Einkünfte, aber auch die individuelle Lage jedes Einzelnen berücksichtigt.

Wir plädieren daher **für eine Erhöhung der Steuerstufen** durch die Wiedereinführung der Stufen 52,5 und 55 % sowie für die Einführung einer Stufe von 65 % für Einkünfte über 14 000 Euro brutto pro Monat. Außerdem soll der **steuerfreie Anteil** für die niedrigsten Einkunftsgruppen **erhöht** werden.

Die Stärkung der Progressivität sowie die **Globalisierung der Einkünfte** sollten die Frage nach der Festlegung eines maximalen Einkunfts Betrags aufwerfen.

Die IRW-CGSP fordert die Schaffung eines **Vermögenskatasters**, um eine **Steuer auf große Vermögen einzuführen**.

Die IRW-CGSP spricht sich für die Globalisierung aller Einkünfte der Steuer der natürlichen Personen (SNP) aus, indem insbesondere die Besteuerung von Einkünften aus beweglichem Vermögen, Mieteinnahmen und Aktiengewinnen wieder einbezogen wird.

Die IRW-CGSP möchte **Steuergeschenke** (Steuerschulplöcher) für Unternehmen **abschaffen**, darunter insbesondere das System der fiktiven Zinsen oder den Abzug für endgültig besteuerte Einkünfte.

Die IRW-CGSP fordert die Einführung einer Steuer auf Kapitalgewinne beim Verkauf von Gebäuden.

Die IRW-CGSP fordert die **Aufhebung des Bankgeheimnisses** vorrangig für Unternehmen und nicht für Privatpersonen sowie eine Aufstockung der Mittel für die Bekämpfung von Steuerhinterziehung.

Die IRW-CGSP fordert die **sofortige Anstellung von Finanzbediensteten**, die mit modernsten IT- und Gesetzeswerkzeugen ausgestattet sind, um Steuerhinterziehung und -vermeidung zu bekämpfen.



REPARTIR À L'OFFENSIVE



EIN MINDESTLOHN IN HÖHE VON 14 €

"Die Bourgeoisie setzt die Vorstellung durch, dass der Markt sich selbst steuert und dass die Krise ein zufälliger und unkontrollierbarer Schicksalsschlag ist. Es wird mit dem Finger auf die Kosten der Arbeit und des Sozialschutzes gezeigt, die angeblich zu schwer auf der Wirtschaft lasten. Dieser Diskurs bietet die Grundlage für weitere Angriffe auf das Arbeitsrecht und auf das Sozialschutzsystem. Jede Form von Forderung wird zu einem Angriff auf die legitimen Herrschenden, die angeblich im Dienste des Allgemeininteresses stehen."

Monique Pinçon-Charlot

KONTEXT

Fakt ist: **Belgien ist ein reiches Land**, aber sind die Belgier es deshalb auch? Leider muss man zugeben, dass dies nicht der Fall ist. Heute sind die wirtschaftlichen und sozialen Unterschiede größer als je zuvor. Die belgischen Arbeitnehmer schaffen zwar Wohlstand, aber sie sind nicht diejenigen, die davon am meisten abbekommen. So betrug der Anteil der Löhne am belgischen BIP im Jahr 2017 nur 49,2 %. Dies ist so zu verstehen, dass **die Arbeitnehmer weniger als die Hälfte des von ihnen erwirtschafteten Wohlstands erhalten**. Die restlichen 50,8 % gehen an die Eigentümer, vor allem in Form von Dividenden. Zweifellos wird **der "Kuchen" in Belgien nicht richtig verteilt**. Dies ist umso gravierender, als seit mehr als dreißig Jahren ein tendenzieller Rückgang des Anteils des produzierten Reichtums, der auf die Löhne entfällt, festzustellen ist.

Schlimmer noch, der Anteil des Reichtums, der sich in den Händen der reichsten 10 % der Bevölkerung befindet, nimmt stetig zu, während der Anteil, der sich in den Händen der ärmsten 10 % der Bevölkerung befindet, immer weiter abnimmt. **Wir sind Zeugen eines umgekehrten Vermögenstransfers**.

Derzeit liegt der Mindestlohn in Belgien bei 9,65 € brutto pro Stunde, was knapp 1 593,81 € brutto pro Monat entspricht. Das sind gerade einmal 1 340 € netto pro Monat für einen Vollzeitbeschäftigten, der allein lebt. Wenn man bedenkt, dass die Armutsgrenze in Belgien bei 1 115 € netto pro Monat für eine alleinstehende Person liegt, versteht man, dass der Unterschied so gering ist, dass selbst ein Vollzeitbeschäftigter nicht vor dem Abrutschen in die Prekarität geschützt ist.

Angesichts dieser Tatsachen **fordert die IRW-CGSP einen Mindestlohn von 14 € brutto pro Stunde, was ungefähr 2 300 € brutto pro Monat entspricht**.

Die Erhöhung des Mindestlohns auf 14 € brutto pro Stunde bedeutet auch, dass **die Finanzierung der sozialen Sicherheit über die Beiträge gestärkt** wird. Dadurch wird das System der sozialen Sicherheit nachhaltig gestärkt und der Anteil des Staates an den Einnahmen erhöht, damit unsere Institutionen und öffentlichen Dienste weiterhin reibungslos funktionieren können.





WIEDER IN DIE OFFENSIVE GEHEN FÜR... EINEN MINDESTLOHN IN HÖHE VON 14 €

Die IRW-CGSP widersetzt sich der Rede vom "Taschenlohn" und erinnert daran, dass **Löhne ein sozioökonomisches Recht und keine Kosten sind**. Sie fordert eine **Erhöhung des Bruttolohns**.

Kurzfristig fordern wir angesichts des enormen Kaufkraftverlustes **einen Mindestlohn von 14 € brutto pro Stunde, was ungefähr 2 300 € brutto pro Monat entspricht**.

Auf lange Sicht darf der Mindestlohn niemals unter 75 % des Medianlohns liegen.

Die Lohnpolitik muss aktiv zu einer **besseren Umverteilung des** erzeugten **Reichtums** beitragen und muss daher durch einen höheren Beitrag der Produktivitätsgewinne finanziert werden.

Die IRW-CGSP fordert eine **allgemeine Aufwertung der Gehaltstabellen für den öffentlichen Dienst**.



REPARTIR À L'OFFENSIVE



EINE STARKE SOZIALE SICHERHEIT

"Die soziale Sicherheit ist die einzige Wohlstandsschaffung ohne Kapital. Sie ist die Einzige, die nicht in die Taschen der Aktionäre fließt, sondern direkt in das Wohlergehen unserer Mitbürger investiert wird.

Sie aus dem Haushalt der Steuerzahler zu finanzieren, würde bedeuten, die Wirksamkeit der Sozialpolitik rein finanziellen Erwägungen unterzuordnen. Dies lehnen wir ab".

(Ambroise Croizat)

KONTEXT

Die aktuellen Gespräche über die soziale Sicherheit konzentrieren sich auf die Existenz eines Defizits, das als erheblich dargestellt wird und ohne bedeutende Reformen die Existenz der sozialen Sicherheit gefährden würde. Die Verallgemeinerung eines solchen Diskurses hat zur Folge, wenn nicht sogar zum Ziel, dass **Zweifel an der Nachhaltigkeit des Systems gesät** werden.

Diese rein wirtschaftliche Sichtweise der sozialen Sicherheit führt dazu, dass wir sie wie ein Privatunternehmen betrachten, ohne Rücksicht auf die Grundsätze und Werte, die zu ihrer Gründung geführt haben. Daher ist es notwendig, zunächst daran zu erinnern, dass die soziale Sicherheit weit mehr ist als ein einfacher Mechanismus zur Verringerung von Ungleichheiten. Sie ist ein **mächtiges Instrument zur Umverteilung von Wohlstand und die tatsächliche Umsetzung der Solidarität unter den Arbeitnehmern.**

Wir sollten uns bewusst machen, dass die buchhalterische Sicht auf die soziale Sicherheit die Tatsache verschleiert, dass ihre Verwaltung, ihre Organisation und ihre Aufgaben in erster Linie politische Fragen sind. In dieser Hinsicht haben wir ein Wort mitzureden. Es sei daran erinnert, dass der Sozialbeitrag eine unmittelbare Verteilung des erzeugten Reichtums zugunsten des Arbeitnehmers darstellt.

Er ist also ein Teil unseres Lohns, den wir zusammenlegen und der die Hauptquelle für die Finanzierung der sozialen Sicherheit sein muss.

Eine Senkung der Sozialbeiträge ist also gleichzeitig ein direkter Angriff auf die Löhne und auf die Mittel, die wir beschließen, zusammenzulegen, um unseren kollektiven Schutz im Bedarfsfall zu gewährleisten. Denn derzeit werden die Beitragssenkungen durch das Eingreifen der öffentlichen Behörden aufgefüllt. In Zeiten, in denen die öffentlichen Ausgaben gekürzt werden, gehen die Mittel, die zur Deckung der Beitragssenkungen bereitgestellt werden, jedoch zu Lasten anderer Politikbereiche.

Außerdem wurden die Einnahmen aus den Sozialbeiträgen gesenkt, ohne dass von den Unternehmen eine Gegenleistung verlangt wurde. Es ist daher nicht verwunderlich, dass die Nettodividenden an Aktionäre zwischen 1996 und 2016 um mehr als 11 Milliarden gestiegen sind. Die Definanzierung der sozialen Sicherheit erfolgt zugunsten der Aktionäre!





WIEDER IN DIE OFFENSIVE GEHEN FÜR... **EINE STARKE SOZIALE SICHERHEIT**

Die IRW-CGSP verfolgt eine politische Vision der sozialen Sicherheit.

Sie fordert ebenfalls **eine Finanzierung der sozialen Sicherheit durch Sozialbeiträge**.

In diesem Zusammenhang weist sie darauf hin, dass das Lohnbildungsgesetz auch die Finanzierung der sozialen Sicherheit beeinträchtigt. Sie fordert daher eine Politik der Erhöhung der Bruttolöhne.

Darüber hinaus fordert sie:

- die Rückkehr zu den vor dem Tax-Shift geltenden Beitragssätzen;
- die Anwendung des gesetzlichen Beitragssatzes auf Beiträge für Zusatzpensionen;
- die Debatte über die Anwendung dieses Satzes auf verschiedene außergesetzliche Vorteile. Letztere sollten zu ihrem tatsächlichen Wert bewertet werden.

Die IRW-CGSP fordert einen **Sozialbeitrag auf Robotisierung**, Digitalisierung und alle Produktionsmittel, um sie der Bemessungsgrundlage für Sozialbeiträge hinzuzufügen.

Diese Maßnahmen würden der sozialen Sicherheit direkt mehr als 7 Milliarden Euro pro Jahr einbringen und erhebliche Rückkoppelungseffekte erzeugen.

Mit den so freigesetzten Mitteln soll die Rolle der sozialen Sicherheit gestärkt werden.

So ist es nicht hinnehmbar, dass in Belgien die große Mehrheit der Mindestsozialhilfeempfänger unterhalb der Armutsgrenze liegt.

Die IRW-CGSP fordert die **Angleichung der Sozialzulagen** mindestens auf das Niveau der Armutsgrenze. Laut dem Föderalen Planbüro würde diese Maßnahme 1,3 Milliarden pro Jahr erfordern.

Darüber hinaus fordert die IRW-CGSP **die Erhöhung der Mindestpension auf 1 500 Euro netto** pro Monat. Auch hier hat das Föderale Planbüro eine Schätzung der für diese Erhöhung erforderlichen Mittel vorgenommen: 3,2 Milliarden pro Jahr.

Die IRW-CGSP fordert die Abschaffung von Maßnahmen, die den Zugang zur sozialen Sicherheit verzögern (Eingliederungspraktikum, Neubewertung der Zulassung zur Arbeitslosigkeit auf der Grundlage des Studiums) und widersetzt sich der Übertragung von Lasten auf die ÖSHZ.

Es sei daran erinnert, dass von jedem in die soziale Sicherheit investierten Euro mehr als 90 Cent in den Wirtschaftskreislauf zurückfließen.

GESETZLICHE UND UMLAGEFINANZIERTE PENSIONEN

"Andere vor mir haben gesagt, andere nach mir werden sagen, wie weit die Kluft gewachsen ist zwischen den wohlhabenden Völkern und denen, die nur hungrig essen, durstig trinken, überleben und ihre Würde bewahren wollen. Aber niemand wird sich jemals vorstellen können, wie sehr das Korn des Armen bei uns die Kuh des Reichen gefüttert hat."

Thomas Sankara

KONTEXT

In seinem Bericht von Juni 2019 schätzt der Studienausschuss für Vergreisung, dass die Sozialausgaben im Jahr 2070 27,6 Prozent des BIP ausmachen werden. Das bedeutet, dass die gesetzlichen Pensionen unbezahlbar sein werden!

Der dramatische Diskurs über die Pensionen dient einzig und allein dazu, Zweifel an der Zuverlässigkeit des Umlagesystems zu wecken und uns so die Notwendigkeit brutaler Reformen einzureden. Die herrschenden Klassen wählen hier wie auch anderswo die Strategie des Schocks.

Die IRW-CGSP weist darauf hin, dass **das Umlagesystem durchaus in der Lage ist, eine solche "Erhöhung" zu bewältigen**, aber man muss es wagen, eine Wahl zu treffen.

Länger arbeiten ist nicht die Lösung!

Angesichts der sogenannten Pensionsfinanzierungskrise plädieren viele unter dem Vorwand der steigenden Lebenserwartung für eine Erhöhung des Pensionsantrittsalters.

Dies gilt auch in Bezug auf die Lebenserwartung bei guter Gesundheit. Zwar ist es nicht falsch zu sagen, dass "wir länger leben", aber diese Aussage muss stark nuanciert werden und verschleiert zahlreiche Ungleichheiten.

Es gibt in jedem Alter erhebliche sozioökonomische Ungleichheiten bei der Lebenserwartung bei guter Gesundheit. Sie sind bei Frauen am stärksten ausgeprägt. Im Jahr 2011 betrug der Unterschied zwischen dem niedrigsten und dem höchsten Bildungsniveau im Alter von 25 Jahren 10,5 Jahre bei Männern und 13,4 Jahre bei Frauen. Im Alter von 50 Jahren betrug der Unterschied etwa 6,7 Jahre bei den Männern und 7,7 Jahre bei den Frauen.

Die IRW-CGSP widerspricht daher der allzu weit verbreiteten Vorstellung, dass eine Erhöhung der Ausgaben für die Alterung eine Gefahr darstellen würde.

In diesem Zusammenhang erinnert sie daran, dass das Umlagesystem im Gegensatz zu einer buchhalterischen Logik auf einer Logik der zu deckenden Bedürfnisse beruht. Die sozialen Ziele bestimmen den Finanzierungsbedarf und damit die Höhe der Beiträge.

Aus diesem Grund lehnt die IRW-CGSP die Logik der Punktepension ab, die die Logik des Pensionssystems umkehren würde, indem sie von einem System mit "definierten Leistungen" zu einem System mit "definierten Beiträgen" übergehen würde. **In dieser zweiten Angehensweise wird die Höhe der Pension von Buchhaltungs- und Finanzlogiken abhängig und würde somit als Haushaltsanpassungsvariable dienen.**





WIEDER IN DIE OFFENSIVE GEHEN FÜR... GESETZLICHE UND UMLAGEFINANZIERTER PENSIONEN

Die IRW-CGSP fordert:

- die absolute Priorität der **gesetzlichen Pension nach dem Umlagesystem**;
- die Abschaffung der Steuervergünstigungen für kapitalgedeckte Systeme, die zur Finanzierung der gesetzlichen Pension nach dem Umlagesystem genutzt werden muss;
- die Rückkehr zum gesetzlichen Pensionsalter von 65 Jahren.

Die IRW-CGSP betont, dass der Kampf für die Verteidigung der Pensionen des öffentlichen Sektors **ein berufsübergreifender Kampf sein muss**. Die Infragestellung der Renten des öffentlichen Sektors wird jegliche künftige Aufwertung der Pensionen des privaten Sektors verhindern.

Sie lehnt die Einführung eines Pensionspunktesystems oder eines Systems von fiktiven Konten ab.

Die IRW-CGSP spricht sich gegen die Abschaffung der Vorzugstantiemen aus und fordert, dass die Debatte über die Arbeitsschwere in diesem Rahmen geführt wird.

Um ein würdiges Ende der beruflichen Laufbahn zu gewährleisten, müssen neben der Herabsetzung des gesetzlichen Pensionsalters auf 65 Jahre auch echte Möglichkeiten zur Leistungsreduzierung (ohne Renteneinbußen) entwickelt werden, die derzeitigen Regeln für die vorzeitige Pensionierung gelockert werden (aufgrund der bereits durchgeführten Reformen können einige Personen de facto nicht mehr vorzeitig in Pension gehen, da die Voraussetzungen dafür sehr hoch sind [zwischen 42 und 44 Berufsjahre] und da die Abschaffung der Dienstaltersverbesserung aufgrund eines Diploms nicht mehr existiert...), oder die Möglichkeit geschaffen werden, dass Arbeitnehmer in voller Kenntnis der Sachlage entscheiden können, ob sie früher in Rente gehen wollen.



REPARTIR À L'OFFENSIVE



DAS STATUT ALS GRUNDLAGE FÜR DEN RECHTSSTAAT

" ... Die statutarische Anstellung wurde bevorzugt, da sie eine bessere Umsetzung der Gesetze des öffentlichen Dienstes ermöglicht. Für die Wahl des statutarischen Verhältnisses werden folgende Begründungen angeführt:

1. Es garantiert die Gleichbehandlung von Bediensteten in objektiv ähnlichen Situationen.
2. Es ermöglicht die Gewährleistung der Dienstkontinuität.
3. Es ermöglicht die Umsetzung des Gesetzes des Wandels, indem es dem allgemeinen Interesse Vorrang vor den Einzelinteressen der Mitarbeiter einräumt.
4. Es erlaubt, die Personalauswahl und die Laufbahn auf der Grundlage persönlicher Verdienste zu gestalten.
5. Es sichert den Bediensteten eine gewisse berufliche Stabilität, indem es eine Unabhängigkeit von der politischen Klasse garantiert.

Diese Idee der Unabhängigkeit erscheint zentral für die Wahl des statutarischen Verhältnisses." Bericht an den König – Camu-Statut

KONTEXT

Der Staat ist kein Arbeitgeber wie jeder andere. Seine Aufgaben beruhen auf dem allgemeinen Interesse der Bevölkerung und er verfügt dafür über die Kraft der Gesetze und über die Autorität, diese durchzusetzen. Der Beamte wird durch den Eid mit einem Teil dieser Autorität ausgestattet, und das Statut legt die Grenzen, Funktionen und Zugangsbedingungen rechtlich fest.

In der Tat gab es vor 1936 nichts, zumindest kein einheitliches Statut des öffentlichen Dienstes. Jeder Minister stellte das Personal für seine Verwaltung nach eigenem Ermessen ein. Erst 1937, als die Rechtsextremen vor der Macht stehen, erkennt Louis Camu, Königlicher Kommissar für die Verwaltungsreform, dass der Beamte sowohl vor der Einmischung von Politikern und Wirtschaftsmächten als auch vor der Willkür der Verwaltung geschützt werden muss. Das Statut ist also an die Natur des Arbeitgebers gebunden und seine Aufgaben haben Vorrang vor den persönlichen Interessen des Beamten. Aus diesem **Grund kann das Statut nicht als Vertrag zwischen zwei Parteien betrachtet werden**, sondern als einseitiger Akt der Behörde, die im Voraus (eben durch das Statut) den Rahmen der zu erfüllenden Funktion festgelegt und deren Zugangsbedingungen, Bezüge, Arbeitsbedingungen, Gehaltstabellen und Beförderungsmöglichkeiten definiert hat.

Die an Titel und Funktionen gebundenen Sätze der Gehaltstabellen sind ein Beleg für Neutralität und Gleichheit, da sie – anders als im Privatsektor – keinen Unterschied zwischen Arbeitern und Angestellten oder gar zwischen Männern und Frauen machen.

Das Statut muss die Norm bleiben! Es bleibt das Fundament, auf dem unsere Grundrechte stehen, die wir uns mühsam gegen die Willkür erkämpft haben und zu denen der Staat über zahlreiche öffentliche Dienste den Zugang für alle gewährleistet. Jenseits von finanzieller Rentabilität und Gewinnstreben prägen diese öffentlichen Dienste die Qualität unseres gesamten Alltagslebens, indem sie viele unserer sozialen Bedürfnisse decken. **Die statutarischen Bediensteten, die definitiv ernannt werden, verlieren diese kollektive Aufgabe nie aus den Augen**, während die Vertragsbediensteten zu Recht ihr besonderes Interesse an den Arbeitsbedingungen verteidigen, denen sie vertraglich zugestimmt haben.

Das Statut wurde entwickelt, um die Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz zu gewährleisten!

Indem dieses Modell angegriffen wird, wird die Rechtsstaatlichkeit zutiefst in Frage gestellt. Zugunsten eines großen Durcheinanders, in dem das Marktgesetz nur dem Stärkeren dient.





WIEDER IN DIE OFFENSIVE GEHEN FÜR... DAS STATUT DES ÖFFENTLICHEN DIENSTES

Die IRW-CGSP bekräftigt, **dass das Statut im öffentlichen Dienst die Grundlage für die Verwirklichung unserer Werte der sozialen Gerechtigkeit und Gleichheit ist. Es ermöglicht Lohn- und Geschlechtergleichheit, aber auch Gleichheit und Unparteilichkeit bei der Bearbeitung von Akten und der Erfüllung von Aufgaben gegenüber den Bürgern.** Die Ernennung muss die Regel bleiben. Alle Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes müssen als statutarische Bedienstete eingestellt werden.

Dieses System wurde eingerichtet, um die Neutralität der Beamten zu gewährleisten und die Gleichbehandlung bei der Anwendung des Gesetzes sicherzustellen, indem Einmischung und Druck vermieden werden.

Die IRW-CGSP ist gegen die Zerstörung des Statuts und den Einsatz von Leiharbeit sowie die Schaffung paralleler Laufbahnen, die den Einsatz von Vertragsarbeit begünstigen und auf spezifische und zeitlich begrenzte Aufgaben beschränkt werden müssen.

Die IRW-CGSP fordert die Einführung von Verfahren zur Verbeamtung der derzeitigen Vertragsbediensteten, sowohl für ihre berufliche Laufbahn als auch für ihre Pension, um die Stabilität des öffentlichen Dienstes zu gewährleisten.



REPARTIR À L'OFFENSIVE



DAS STREIKRECHT

"Die Sozialgeschichte lehrt, dass es keine Sozialpolitik ohne eine soziale Bewegung gibt, die sie durchsetzen kann."

Pierre Bourdieu

KONTEXT

Das Streikrecht war schon immer Gegenstand von Angriffen der Arbeitgeber, und in den letzten Jahren haben Umfang und Intensität dieser Angriffe sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene stetig zugenommen. Inzwischen scheuen sich auch die Regierungsorgane nicht mehr davor, die Ausübung des Streikrechts in den Bereichen, für die sie zuständig sind, in Frage zu stellen.

Die Zunahme einseitiger Klagen vor Zivilgerichten, die Verhängung von Zwangsgeldern, die Entsendung von Gerichtsvollziehern zu den Streikenden, die Einführung eines Mindestdienstes in den Transport-, Gefängnis- und Flugsicherungssektoren sowie die Versuche, Gesetze gegen Streiks zu erlassen, die fälschlicherweise als "wild" bezeichnet werden, sind aktuelle Beispiele für diese Versuche, das Streikrecht in Frage zu stellen. Die IRW-CGSP widersetzt sich diesem schleichenden Angriff auf das Streikrecht und erinnert daran, dass es de facto kein Streikrecht mehr gibt, wenn der Dienst während eines Streiks gewährleistet ist.

Dazu gehört auch die Stigmatisierung einer angeblichen "Geiselnahme" und sogenannter "terroristischer Handlungen", die darauf abzielt, Streikende, die von ihrem Recht Gebrauch machen, als Kriminelle zu betrachten. Der Kampf um die öffentliche Meinung ist eröffnet.

Die IRW-CGSP erinnert daran, dass **die Arbeitswelt ständig mit Akteuren konfrontiert ist, die in Bezug auf technische, finanzielle oder politische Macht weitaus stärker sind als sie selbst. Streiks oder die Androhung von Streiks sind ein Mittel der kollektiven Aktion, um dieses Machtverhältnis in den Verhandlungen wieder ins Gleichgewicht zu bringen.**

Der Streik kommt als letztes Mittel zum Einsatz, wenn die anderen gewerkschaftlichen Handlungsmöglichkeiten erschöpft sind und von den Arbeitgebern/der öffentlichen Behörde nicht in Betracht gezogen wurden.

Ein international geschütztes Grundrecht

Der Kongress erinnert daran, **dass das Recht auf kollektive Handlungen, einschließlich Streiks, ein ureigenes Recht der Gewerkschaftsfreiheit und der kollektiven Verhandlungen ist.** Ohne die Möglichkeit, Druck auszuüben, gleicht das Recht auf kollektive Verhandlungen einem Recht, "kollektiv zu betteln".

Das Streikrecht zielt also darauf ab, das Recht auf kollektive Verhandlungen wirksam werden zu lassen, wie in der Europäischen Sozialcharta und in Artikel 11 der Europäischen Menschenrechtskonvention, die beide von Belgien ratifiziert wurden und die eine internationale rechtliche Verpflichtung zum Schutz des Rechts auf kollektive Maßnahmen als Folge der Anerkennung der Gewerkschaftsfreiheit gewährleisten sollten, sehr deutlich hervorgehoben wird.

Die IRW-CGSP erinnert auch daran, **dass es keine Gewerkschaftsfreiheit ohne Gewerkschaftsdelegierte gibt, die bei der Ausübung ihres Mandats geschützt sind.**

Schließlich werden wir regelmäßig mit Vorschlägen konfrontiert, die darauf abzielen, den Gewerkschaften Rechtspersönlichkeit zu verleihen. Diese Initiativen zielen allesamt darauf ab, die Gewerkschaften an der Umsetzung von Maßnahmen zu hindern.





WIEDER IN DIE OFFENSIVE GEHEN FÜR... **DAS STATUT DES ÖFFENTLICHEN DIENSTES**

Die IRW-CGSP ist der Ansicht, dass unsere Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft nur dann Sinn macht, wenn wir ein Kollektiv bilden, eine Kraft, die durch ihre Handlungen **das Machtverhältnis ausgleicht und als Motor des sozialen Fortschritts fungieren kann**. Aus diesem Grund bekräftigt sie, dass das Streikrecht ein auf europäischer und internationaler Ebene anerkanntes Recht ist, das in einer Demokratie unverzichtbar ist, und widersetzt sich entschieden jeglicher Infragestellung des Streikrechts durch z. B. Aufforderungen, die Einführung eines Mindestdienstes oder Druck von Seiten des Managements...

Die IRW-CGSP wird keine Beeinträchtigung des Streikrechts dulden.

In diesem Zusammenhang spricht sich der Kongress gegen missbräuchliche Auslegungen aus:

- Artikel 66 Absatz 4 des Strafgesetzbuches, der die strafrechtliche Verfolgung von Gewerkschaftsvertretern ermöglicht, weil sie Arbeitnehmer zur Teilnahme an gewerkschaftlichen Handlungen aufgefordert haben;
- Artikel 406 des Strafgesetzbuches, demzufolge Gewerkschaften strafrechtlich verfolgt werden, wenn sie im Rahmen ihrer Handlungen den Verkehr behindern [z. B. Errichtung von Blockaden].

Die IRW-CGSP unterstützt die Forderung nach der Einführung des Streikrechts für alle Arbeitnehmer.

Die Unabhängigkeit der Gewerkschaften muss unbedingt gewahrt werden, insbesondere durch einen wirksamen Schutz der Gewerkschaftsvertreter [unabhängig von ihrem Statut]. Die IRW-CGSP kann Angriffe auf diese Unabhängigkeit nicht dulden.

Die Organisation von Telearbeit darf unter keinen Umständen ein Hindernis für das Streikrecht darstellen.



REPARTIR À L'OFFENSIVE



TELEARBEIT, EINE TIEFGREIFENDE VERÄNDERUNG DER ARBEITSORGANISATION

« *Big Brother is watching you* »

Georges Orwell

KONTEXT

Ausgehend von der Annahme, dass Telearbeit besteht, dass sie im Rahmen der Gesundheitskrise an Bedeutung gewonnen hat und dass sie somit eine Wirklichkeit darstellt, die es zu unterstützen gilt, umgehen die jüngsten Debatten um ihre regelmäßige Entwicklung alle ideologischen Gespräche über die Organisation der Arbeit.

Dabei sind die **mit der Telearbeit verbundenen Risiken zahlreich** und ihre Auswirkungen auf das Leben des Arbeitnehmers und die Gesellschaft im Allgemeinen sind nicht unbedeutend. Sie wirkt sich auch auf die Gewerkschaftsarbeit und die Stellung der Gewerkschaften im Unternehmen sowie auf die Gesellschaft im Allgemeinen aus.

Die Verbreitung neuer Technologien in Verbindung mit Telearbeit trägt **zu mehr Flexibilität und einer Kultur der Dringlichkeit** bei. Ganz abgesehen von Technostress, verändert dies die Organisation der Arbeit und der Teams durch zwei wichtige Aspekte.

Einerseits wird die gesamte kollektive Ausrichtung der Arbeit in Frage gestellt, sowohl in ihrer Definition als auch in ihrer Ausübung, und andererseits werden die aktuellen Managementtrends zur Atomisierung der Arbeitnehmer deutlich gemacht, welche zu einem Gefühl der Vernachlässigung und Entmenschlichung führen.

Das Recht darauf, abzuschalten, wird somit zu einer Priorität!

In einem Kontext, in dem manche von der sogenannten "*Welt danach*" sprechen, ist es vielleicht an der Zeit, eine bessere Vereinbarkeit von Privat- und Berufsleben zu ermöglichen, die Arbeitsbedingungen zu verbessern, die ökologischen Auswirkungen des Pendelns zu reduzieren... indem wir klar **die kollektive Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnverlust und mit Ausgleichsanstellung fordern!**





WIEDER IN DIE OFFENSIVE GEHEN, UM... **DIE RISIKEN DER TELEARBEIT ZU BEGRENZEN**

Für die IRW-CGSP birgt die Telearbeit zahlreiche Risiken wie:

- das Eindringen des Arbeitslebens in das Privatleben;
- die Verlagerung der Lasten vom Arbeitgeber auf den Arbeitnehmer;
- die Auswirkungen auf die Gesundheit des Arbeitnehmers [Burn-out, Team-out, ...]. Atomisierung und Individualismus;
- die Abnahme der Solidarität unter den Arbeitnehmern;
- die Auswirkungen der Ergonomie bei Telearbeit;
- den Verlust der kollektiven Intelligenz [Verlust des Wissensaustauschs zwischen Kollegen während des laufenden Austauschs in der Präsenzarbeit].

Die IRW-CGSP erinnert daran, dass Telearbeit gegen das Arbeitsrecht verstößt, das als kollektiver Schutz der Arbeitnehmer aufgebaut wurde.

Die mögliche Gestaltung struktureller Telearbeit muss stark festgelegt und einer ständigen Bewertung unterzogen werden.

Um ein Gleichgewicht zwischen Privat- und Berufsleben zu gewährleisten und gleichzeitig die Gesundheit der Arbeitnehmer zu schützen, fordert die IRW-CGSP eine **kollektive Arbeitszeitverkürzung** ohne Lohnverlust und mit Ausgleichsanstellung sowie das Recht darauf, abzuschalten). Der Arbeitgeber hat die Pflicht, dieses Recht auf Abschalten zu regeln.



REPARTIR À L'OFFENSIVE



DIE DIGITALISIERUNG DER ÖFFENTLICHEN DIENSTE

"Man kann einem Computer beibringen zu sagen: 'Ich liebe dich', aber man kann ihm nicht beibringen zu lieben".

Albert Jacquard

KONTEXT

Die Digitalisierung der öffentlichen Dienste, die wegen ihrer Modernität und ihres (vermeintlichen) Nutzens für Bürger und (vor allem) für Unternehmen beworben wird, widerspricht den eigentlichen Werten des öffentlichen Dienstes (Universalität, Gleichheit, Zugänglichkeit usw.) und trägt dazu bei, dessen Grundlagen zu zerstückeln.

Der im letzten Jahr beobachtete Fokus auf die Digitalisierung der öffentlichen Dienste hat von den Auswirkungen der COVID-Pandemie profitiert. Auf dieser Grundlage sieht das europäische Konjunkturprogramm nach COVID die Digitalisierung als eines der Themen vor, die in die nationalen Konjunkturprogramme aufgenommen werden müssen, um in den Genuss von EU-Mitteln zu kommen.

Die Digitalisierung erfordert vor den technischen Entscheidungen, die getroffen werden müssen, eine Klärung des Ansatzes, der bei dem Management der Aufgaben der öffentlichen Verwaltung verfolgt wird: **Ist die Verwaltung eher ein "öffentlicher Dienst" oder eher ein "Dienstleister"?**

Die Digitalisierung der öffentlichen Dienste wird von ihren Befürwortern hauptsächlich als eine Gelegenheit dargestellt, um die interne Funktionsweise zu verbessern und bestimmte Kosten zu senken: Indem man die öffentlichen Dienste entmaterialisiert, rationalisiert man sie,

was die Verfahren vereinfacht und ihre Produktionskosten senkt. **Diese Einschätzung spiegelt eine Sichtweise der öffentlichen Dienste wider, die auf die Produktion eines Dienstleistungsangebots für ein bestimmtes Publikum reduziert ist**, sie übergeht die allgemeinen Grundsätze der öffentlichen Dienste: Gleichheit, Kontinuität, Zugänglichkeit....

Dabei gibt es zahlreiche Studien, die auf die Gefahr der Ausgrenzung hinweisen. **Der Zugang zu öffentlichen Diensten darf in der Tat nicht vom Kauf von Material und dem Besitz von Kompetenzen abhängig gemacht werden!** Die Aufrechterhaltung der Zugänglichkeit der öffentlichen Dienste ist von entscheidender Bedeutung, um die tatsächliche Gleichheit aller Bürger zu gewährleisten.

Diese Ungleichheit in Bezug auf die Digitalisierung (auch "digitale Kluft" genannt) verstärkt in Wirklichkeit eine bereits seit langem bestehende Ungleichheit. Sozial schwache Nutzerschichten schließen sich selbst aus, weil sie nicht über die notwendigen Fähigkeiten verfügen – oder glauben, nicht über diese zu verfügen –, um mit den Vorrichtungen der öffentlichen Dienste in Kontakt zu treten. Es ist nicht nur die digitale Umgebung, sondern vor allem **ihre Unumgänglichkeit, die dazu beiträgt, Schwachstellen zu schaffen** oder sogar zu verstärken.





WIEDER IN DIE OFFENSIVE GEHEN, UM... **DIE RISIKEN DER DIGITALISIERUNG ZU BEGRENZEN**

Die IRW-CGSP betont, dass die Entwicklung des "Staates als Plattform " zu **einer Liberalisierung der öffentlichen Dienste** führt und die Verwaltungen den großen multinationalen Unternehmen, die im Bereich neuer Technologien tätig sind, unterwirft.

Die IRW-CGSP verurteilt die Öffnung öffentlicher Daten für solche Unternehmen, deren Ziel es ist, Profit zu machen.

Das Rennen um die Ansammlung von Daten stellt eine Gefahr für die Privatsphäre dar.

Die Entscheidung für die Digitalisierung ist eine politische und ideologische Entscheidung. Für die IRW-CGSP darf sie niemals zu einem Hindernis für den Zugang zu den öffentlichen Diensten oder zu einem Instrument der Privatisierung werden.

Die digitale Kluft wird nicht dadurch verringert, dass man der gesamten Bevölkerung Zugang zu neuen Technologien verschafft.

Der physische Zugang zu den öffentlichen Diensten muss erhalten bleiben.

Personenbezogene Daten müssen geschützt werden. Der Staat muss Eigentümer und Verwalter digitaler Daten bleiben, um die Integrität und den Schutz personenbezogener und öffentlicher Daten zu gewährleisten.



REPARTIR À L'OFFENSIVE



EIN PROGRESSIVER FÖDERALISMUS DER ZUSAMMENARBEIT

"Zur Wallonie gehören ohne Vorbehalt alle, die im wallonischen Raum leben und arbeiten. Zur Wallonie gehören alle Gedanken und Überzeugungen, die den Menschen respektieren, ohne Ausschluss."

Manifest für die wallonische Kultur – 1983

KONTEXT

Für die IRW-CGSP ist der Rückgriff auf die Geschichte eine Möglichkeit, die Ende der 1960er Jahre eingeleitete Entwicklung hin zum Föderalismus zu beleuchten. Er kann auch der reduktionistischen Sichtweise entgegenwirken, die "zwei Blöcke" gegenüberstellt. So kann der Föderalismus nicht als ein Versuch betrachtet werden, sich abzuschotten, sondern vielmehr **als eine andere Art des Zusammenlebens, bei dem unsere Unterschiede respektiert und unsere Gemeinsamkeiten bewahrt werden**. Er steht in radikalem Gegensatz zu einem eidgenössenschaftlichen Modell, das Spaltungen und Gegensätze aufwertet.

Für die IRW-CGSP liegt die Zerbrechlichkeit des belgischen Modells nicht im Föderalismus, sondern in der Überlappung der föderalen Ebenen (Regionen und Gemeinschaften), die es kompliziert macht. Hinzu kommt die chronische Unterfinanzierung der Französischen Gemeinschaft.

Für uns darf der Regionalismus keine Strategie der Opposition gegen Flandern sein. Im Gegenteil, er muss sich weiterhin eigenständig **als Mittel zur Emanzipation und Entwicklung** definieren. Regionalistische Forderungen konkretisieren die Tatsache, dass man eine einheitliche Wirtschaftspolitik nicht auf unterschiedliche sozioökonomische Situationen anwenden kann.

Die FGTB hat sich jedoch immer für die Beibehaltung der föderalen Kompetenzen eingesetzt, insbesondere im Bereich der sozialen Sicherheit. Dabei geht es darum, die Solidarität und Gleichheit zwischen allen Arbeitnehmern aufrechtzuerhalten, aber auch zu verhindern, dass sie untereinander in Konkurrenz gesetzt werden.

Unser regionales Engagement geht einher mit unserem Willen, eine föderale Politik in Bereichen

wie soziale Sicherheit, Steuern, Justiz, Polizei, Armee, Arbeitsrecht und Außenpolitik aufrechtzuerhalten.

Die Forderung, dass ein Bereich föderal bleibt, darf uns jedoch nicht davon abhalten, uns zu fragen, wie dieser Bereich regionalisiert werden könnte. Wir sind nicht Herr der politischen Agenda, und obwohl wir gegen eine 7. Staatsreform sind, liegt es in unserer Verantwortung, zu verhindern, dass "Föderalisierung" mit "Zerstörung kollektiver Rechte" einhergeht, ebenso wie es unsere Aufgabe ist, darauf zu achten, dass mögliche zukünftige Kompetenzübertragungen nicht in erster Linie Sparmaßnahmen vom Föderalstaat auf die Regionen sind. Die 6. Staatsreform hat zu einer Unterfinanzierung der übertragenen Kompetenzen geführt, was für die Wallonie besonders schädlich war.

Die IRW-CGSP ist der Ansicht, dass die Einheit der Arbeitnehmer nicht durch eine Rückkehr zum Einheitsstaat erreicht werden darf. Ganz im Gegenteil, diese Einheit muss innerhalb der föderalen Instanzen der Gewerkschaft angestrebt werden.

Die IRW-CGSP erinnert daran, dass im Interesse der Arbeitnehmer **auf jeder Regierungsebene eine gewerkschaftliche Gegenmacht organisiert werden muss**.

Die Auswirkungen der föderalen Politik auf die Wallonie erfordern eine kritische Analyse dieser Politik durch die IRW-CGSP, um bei ausbleibenden föderalen Reaktionen in der Lage zu sein, sich ihr zu widersetzen.





WIEDER IN DIE OFFENSIVE GEHEN FÜR... EINEN PROGRESSIVEN FÖDERALISMUS DER ZUSAMMENARBEIT

Die IRW-CGSP will als fortschrittliche Gegenmachtorganisation ihre Rolle als Gegenmacht der Vorschlagskraft voll und ganz wahrnehmen. Dies geschieht, indem sie pragmatische Wege vorschlägt, um den Alltag der wallonischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu verbessern, und indem sie die regionalistische Position unserer Gewerkschaftsbewegung, die entschieden modern und solidarisch ist, erneut bekräftigt. Ein Regionalismus, der auf den ideologischen Grundlagen des kämpferischen Syndikalismus beruht. Basierend auf den Grundsätzen der Planung, der Strukturreformen und der Wirtschaftsdemokratie wird der von unserer Gewerkschaftsbewegung entwickelte Regionalismus immer als oberstes Ziel haben, die Bedürfnisse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu erfüllen und ihren Alltag zu verbessern. Im Mittelpunkt steht der Wunsch, dass die Arbeitnehmer die Kontrolle über die Verwaltung des Wirtschaftsapparats, sei es auf nationaler Ebene oder in Unternehmen, übernehmen, wobei es vor allem darum geht, ihre Souveränität in Bezug auf ihre Arbeitsbedingungen und die wirtschaftliche Entwicklung ihrer Region zu erhöhen. Diese Souveränität muss unbedingt durch das Prisma der Arbeiterkontrolle mit dem Ziel der Selbstverwaltung geschmiedet werden. **Um dieses Ziel zu erreichen, muss die gewerkschaftliche Weiterbildung im Mittelpunkt des regionalistischen Projekts stehen, damit jeder Delegierte diese Problematik aufgreifen und weitertragen kann.** Das Konzept der Arbeiterkontrolle öffnet die Tür zu einer möglichen wirtschaftlichen Wiederaneignung durch die Arbeit. Das Ziel ist eine stärkere Entwicklung der Wirtschaftsdemokratie, die für die Stärkung der politischen und sozialen Demokratie unerlässlich ist. Den Arbeitnehmern die Fähigkeit und die Instrumente zur wirtschaftlichen Kontrolle und Einflussnahme zu geben, entspricht den Strukturreformen, wie sie in unserer Grundsatzerklärung definiert sind.

So heißt es in Artikel 5: *"die Gewerkschaftsbewegung strebt die Verwirklichung eines echten Systems der sozialen Gerechtigkeit an, das darauf abzielt, dass jeder seinen Platz in der Gesellschaft einnimmt"*. Um sicherzustellen, dass jeder entsprechend seiner Arbeit und seinen Bedürfnissen den ihm zustehenden Anteil am Wohlstand erhält, ist die Gewerkschaftsbewegung der Auffassung, dass die politische Demokratie durch eine wirtschaftliche und soziale Demokratie ergänzt werden muss. In Artikel 8 der Grundsatzerklärung heißt es: *"sich bemühen, die Schaffung von Einrichtungen herbeizuführen, deren Endziel es sein muss, den Arbeitskräften die Leitung der umgestalteten Wirtschaft zum Nutzen der Allgemeinheit zu übertragen"*.

Ein offener Regionalismus, der auf dem Konzept des Gebiets beruht. Die territoriale Vision, die wir verteidigen, ist weit entfernt von der identitären Ausgrenzungsrhetorik des flämischen Nationalismus und muss darauf abzielen, den Bürgern Rechte zu verleihen, nicht aufgrund einer kulturellen oder sprachlichen Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft, sondern aufgrund ihrer Existenz an einem bestimmten Ort. Auf einer territorialen Grundlage sind Wallonen ganz einfach die Menschen aus der Wallonie. Diese Sichtweise ermöglicht eine gesunde und grundlegende Gleichbehandlung aller Bürger sowie die Akzeptanz von Vielfalt innerhalb des eigenen Gebiets. In diesem Sinne arbeitet der Regionalismus für den Internationalismus, weit entfernt vom Klischee der nationalistischen Abschottung.

Ein Regionalismus, der die Wallonie mit allen Entscheidungskompetenzen ausstattet, die sie braucht, um ihren wirtschaftlichen Wiederaufbau zu beschleunigen. Angestoßen durch die Streiks von 1960, die die Abhängigkeit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von Wirtschaftsholdings und zentralisierten Entscheidungen offenbarten, ermöglichten die von der wallonischen, regionalistischen Bewegung angestoßenen Überlegungen die Schaffung zahlreicher Kompetenzen im wirtschaftlichen Bereich (SRIW, SOGEP, AWEX usw.). Es waren in der Tat die Übertragungen der Entwicklungsinstrumente, die in der Vergangenheit die Rettung und den Aufbau zahlreicher Tätigkeitsbereiche, seien sie wirtschaftlicher oder kultureller Art, ermöglicht haben. Das Ziel besteht nun darin, die derzeitige Verteilung zu vereinheitlichen, um alle potenziellen Hindernisse für die wallonische Neuentwicklung aus dem Weg zu räumen. Dazu gehören auch die Kompetenzen im Kultur- und Bildungsbereich, ohne die der Wallonie die symbolischen Mittel fehlen, um sich ein aufwertendes und dynamisches Erscheinungsbild zu schaffen, und ohne die eine globale Politik zwischen allen Wirtschafts- und Bildungsakteuren nicht umsetzbar ist.

Ein Regionalismus, der sich von einem nostalgischen und unrealistischen Unitarismus unterscheidet. Die aufeinanderfolgenden Staatsreformen, insbesondere die letzte, haben das Funktionieren des Staates gewiss kompliziert gemacht. Durch sie wurde jedoch zumindest versucht, die Asymmetrien zwischen dem Norden und dem Süden des Landes in den Griff zu bekommen. Es ist unerlässlich, dass jede neue Reform darauf abzielt, unser Modell des Föderalismus verständlicher und effizienter zu machen, und der Wunsch nach einer Rückkehr zu einem Einheitsstaat ist vereinfachend und zeugt von einer gefährlichen Unkenntnis der institutionellen Geschichte unseres Landes.

Darüber hinaus bedeutet die Gleichsetzung der regionalistischen Bestrebungen der Wallonen mit dem Willen, das Land und im weiteren Sinne die Arbeitnehmer zu spalten, die Leugnung unterschiedlicher sozioökonomischer Wirklichkeiten, der Notwendigkeit einer an den regionalen Kontext angepassten öffentlichen Politik und die Missachtung des sozialen und solidarischen Charakters, der der wallonischen Bewegung historisch innewohnt. Die wallonische Autonomie ist zwar unerlässlich – um es mit den Worten von Michel Quévit zu sagen –, aber sie ist nicht ohne Solidarität mit den anderen föderierten Gebietskörperschaften denkbar. Sie lehnt jede Subnationalität ab. Und sie will dem Wettbewerbsföderalismus, wie ihn sich die flämische nationalistische Rechte vorstellt, ein Ende setzen.

Ein kämpferischer und progressiver Regionalismus, der neue soziale Errungenschaften ermöglicht. Im Gegensatz zum Neoliberalismus, der die föderale Politik und zentralistische Entscheidungen durchdringt, die für die Wallonen und Walloninnen unvorteilhaft sind.

Die IRW-CGSP bekräftigt ihre Forderung nach einem kooperativen Föderalismus auf der Grundlage der 4 Regionen, der eine Übertragung der Kompetenzen von der Französischen Gemeinschaft auf die Wallonische Region und die Brüsseler Region beinhaltet. Diese Kompetenzübertragungen müssen mit mindestens entsprechenden Haushaltsmitteln einhergehen.

Im Bereich des Bildungswesens verurteilt die IRW-CGSP die mit einer möglichen Reföderalisierung verbundenen Illusionen. Sie weist darauf hin, dass sich das Bildungswesen seit 1989 im Norden und im Süden des Landes sehr unterschiedlich entwickelt hat, sowohl was das Statut des Personals als auch die Struktur des Bildungswesens betrifft. In Flandern ist das Bildungswesen zu 80% privat (und katholisch).

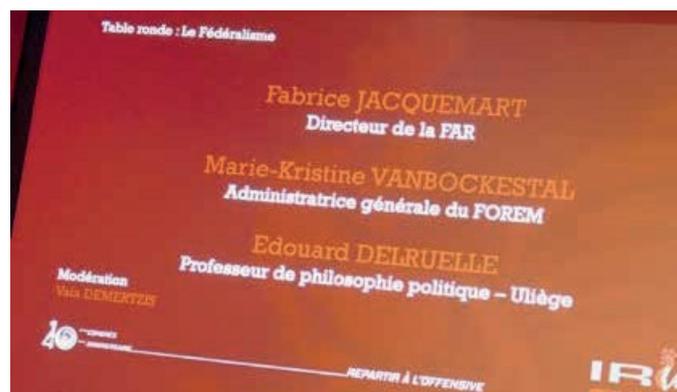
Das offizielle Bildungswesen muss von der öffentlichen Hand organisiert und verwaltet werden, wobei die Wallonische Region das Rückgrat und den Baumeister des Systems bildet. Die Regionalisierung soll Folgendes ermöglichen:

- eine wertvolle Übereinstimmung zwischen der Ebene, die die wirtschaftlichen Leitlinien der Region festlegt, und der Ebene, die das Bildungswesen organisiert, wobei die Anpassung an die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes bekämpft werden muss;
- eine differenzierte und an die sozioökonomischen Realitäten in der Wallonie (und in Brüssel) angepasste Politik;
- zusätzliche Mittel, um die Herausforderung einer egalitäreren Bildung zu meistern; die Aufrechterhaltung der Solidarität zwischen Brüssel und der Wallonie durch eine biregionale Kuppel.

Die IRW-CGSP bekräftigt ihre Forderung nach einem öffentlichen und einheitlichen Bildungsnetzwerk.

Darüber hinaus fordert die IRW-CGSP angesichts des angekündigten Endes des Solidaritätsmechanismus, dass die Wallonie ihr Schicksal in die Hand nimmt und die Kompetenzübertragungen der 6. Staatsreform nutzt, um eine Steuerreform durchzuführen, die die Steuerprogressivität stärkt und sie mit den notwendigen Mitteln ausstattet, um ein wallonisches Modell zu fördern, das auf der Umverteilung des Wohlstands durch öffentliches Eingreifen beruht.

Dieses wallonische Modell macht sich die Erklärung des Manifests für die wallonische Kultur aus dem Jahr 1983 zu eigen, in der es heißt: *"Die wallonische Kultur ist eine Minderheitenkultur, aber eine lebendige, tolerante und pluralistische Kultur. Wir sind uns unserer lokalen Besonderheiten bewusst, aber wir leben in einem historischen Moment, in dem unsere Vielfalt der Schmelztiegel unserer Stärken sein muss. Zur Wallonie gehören ohne Vorbehalt alle, die im wallonischen Raum leben und arbeiten. Zur Wallonie gehören alle Gedanken und Überzeugungen, die den Menschen respektieren, ohne Ausschluss"*.



DIE VOM KONGRESS ANGENOMMENEN ANTRÄGE

ANTRAG, DER VOM FRAUENBÜRO DER IRW-CGSP EINGEBRACHT WURDE

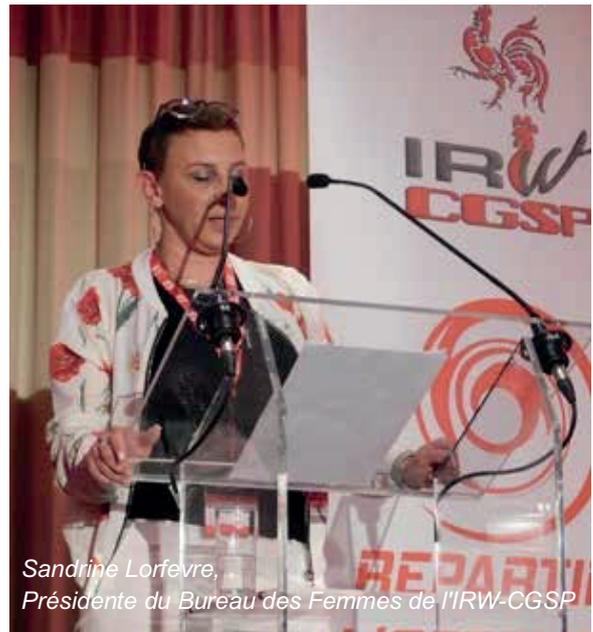
EIN INDIVIDUUM = EIN RECHT

Die IRW-CGSP fordert, dass die Reformen der Zulage zur Gewährleistung des Einkommens, der Eingliederungszulagen, der gleichgesetzten Zeiträume, der Pensionen ... eingestellt werden.

Die IRW-CGSP fordert eine Angleichung des Vaterschafts- oder Geburtsurlaubs an den Mutterschaftsurlaub.

Die IRW-CGSP fordert die Individualisierung der sozialen Rechte.

Die Individualisierung der sozialen Rechte würde allen Menschen einen gleichberechtigten Zugang zu Sozialversicherungsleistungen ermöglichen und die Probleme im Zusammenhang mit der Kontrolle des Status des Zusammenwohnenden beseitigen. Die Abschaffung des Status des Zusammenwohnenden wäre ein Garant für finanzielle Unabhängigkeit, die eine Grundvoraussetzung für soziale und berufliche Entfaltung ist.



*Sandrine Lorgevre,
Présidente du Bureau des Femmes de l'IRW-CGSP*



VOM SEKTOR BILDUNG EINGEBRACHTER ANTRAG

Die 1945 gegründete CGSP ist Teil des historischen Kampfes für die Demokratisierung des Zugangs zur öffentlichen Bildung für alle Bevölkerungsschichten und insbesondere für die Kinder von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die den geringsten Zugang dazu haben. Der Kampf der Arbeiter war zunächst auf die Kinder des Adels, der hohen Beamten und der Geistlichkeit beschränkt und ermöglichte anfangs die Einführung der Schulpflicht – erst für Jungen –, dann auch für Mädchen. Aufgrund des Drucks der Bevölkerung wurde die Schulpflicht schrittweise von 12 auf 14, auf 16 und schließlich auf 18 Jahre ausgeweitet.

Parallel zum Kampf für mehr soziale, wirtschaftliche und politische Rechte mussten die Arbeitnehmer hart dafür kämpfen, dass ihre Kinder nicht nur Zugang zu Bildung erhielten, sondern auch zur gleichen Bildung wie die Kinder der Elite. Die Elite zog es vor, maßgeschneiderte Schulen für ihre Kinder zu gründen, was zur Bildung der heute noch bestehenden hierarchischen Sekundarschulen (allgemeine, technische und berufliche Schulen) führte, die zur Aufrechterhaltung der Bildungsungleichheit beitragen.

Seit den 1960er Jahren steigt die Zahl der Studierenden im Hochschulwesen stetig an, was auf eine teilweise Demokratisierung dieser Bildungsstufe hindeutet. "Teilweise", da die soziale Auslese dafür sorgt, dass der Zugang zum Hochschulwesen hauptsächlich Kindern aus den privilegierteren Schichten der Gesellschaft vorbehalten bleibt.

Heute bekräftigt die IRW-CGSP die Notwendigkeit, das allgemeine Bildungsniveau der gesamten Bevölkerung anzuheben. Einerseits durch die Bekämpfung von Bildungsungleichheiten und der immer noch bestehenden Auslese im Vollzeitunterricht. Andererseits durch die Demokratisierung des Zugangs zur Hochschulbildung für mehr Studierende, insbesondere für diejenigen aus den benachteiligten Schichten der Gesellschaft.

Dies ist natürlich nicht bei gleichbleibendem Haushalt möglich. Dennoch sinkt der für Bildung ausgegebene Anteil des BIP. Die Ausgaben für Bildung werden systematisch gekürzt, was zu mehr Zugangsbeschränkungen für Studierende – man denke an Numerus Clausus und andere Aufnahmeprüfungen – und zu einer höheren Arbeitsbelastung der Lehrkräfte führt, von denen immer mehr verlangt wird.

AUF DEM FALSCHEN WEG

Seit den ersten Kürzungen im Jahr 1974 ist der für Bildung ausgegebene Vermögensanteil zurückgegangen, was die seitdem aufeinanderfolgenden Regierungen dazu veranlasst hat, von den Akteuren im Bildungswesen zu

verlangen, mit weniger mehr zu erreichen. Dies geschah durch die Einführung neuer Managementmethoden, die Beschränkung des Zugangs zur Hochschulbildung, die Rationalisierung der Funktionshaushalte und Desinvestitionen in Schulgebäude.

Libérale Lösungen wie ÖPP (öffentlich-private Partnerschaften) konnten diesen Trend nicht umkehren und haben die Rechte dazu inspiriert, eine neue Begründung zu erfinden, die Kinder ab dem Alter von 12 Jahren unter Berufung auf die "Intelligenz der Hand" auswählt. Diese Theorie besagt, dass einige Kinder, insbesondere aus der Arbeiterklasse, nicht für eine intellektuelle Ausbildung geeignet sind, aber eine qualifizierende Ausbildung absolvieren können, da sie handwerklich begabter sind. Diese Auslese schränkt natürlich den Zugang zu Hochschulbildung für Kinder, die diese Art von Bildung besucht haben, stark ein.

Die gleiche Rechte versucht, die Kosten für die Ausbildung von Arbeitnehmern, die normalerweise von den Arbeitgebern getragen werden, auf die Gesellschaft abzuwälzen. Zu diesem Zweck wird die Idee verbreitet, dass die Schule nicht nur Bürger ausbildet, sondern sie auch für die sofortige Besetzung bestimmter Arbeitsplätze ausbilden soll. Wenn man diese Auffassung übernimmt, ist es normal, dass die Schule vor allem auf Berufe vorbereitet, die einen direkten Zugang zu einem zu besetzenden Arbeitsplatz bieten. Und damit auch auf Berufe, bei denen Arbeitskräftemangel herrscht. Es ist also nicht verwunderlich, dass in den Schulen die Arbeitnehmer entsprechend den Angeboten auf dem Arbeitsmarkt "produziert" werden, und der Fokus nicht auf das Prinzip eines Bürgers gelegt wird, der in der Lage sein sollte, sich in unserer modernen Gesellschaft zu entwickeln und sie kritisch zu betrachten.

Darüber hinaus sind die Arbeitgeber daran interessiert, den Geist dieser Arbeitnehmer/Studenten "zu formen" und ihre Fähigkeiten zu testen. Sie sind auch daran interessiert, sie zu geringen Kosten in ihren eigenen Einrichtungen auszubilden. Es ist daher nicht verwunderlich, dass die Arbeitgeber das Modell der dualen Ausbildung fördern, bei dem der Schüler (sofern er sich gut benimmt) bereits im Alter von 15-16 Jahren in das eigene Unternehmen aufgenommen wird. Dies geht natürlich zu Lasten der Zeit, die der Jugendliche für seine allgemeinere Ausbildung in einer schulischen Einrichtung aufwenden kann.

Um mit weniger mehr zu erreichen, haben die letzten Regierungen in den öffentlichen Diensten das New Public Management eingeführt. Dieses aus der Privatwirtschaft stammende Managementsystem wurde auf das Bildungswesen übertragen und hat zur Einführung von Steuerungsplänen geführt, bei denen die zu erreichenden Ziele vertraglich festgelegt werden. Die Einführung eines solchen Systems schiebt die Verantwortung für die Ineffizienz des Schulsystems auf die Lehrkräfte und lässt die Bevölkerung glauben, dass man eine lokale Lösung für

ein globales Problem finden kann. Das kapitalistische System schafft Ungleichheiten in der Gesellschaft, die in den Schulen nicht beseitigt werden können.

WIEDER IN DIE OFFENSIVE GEHEN...

Im Hinblick auf den Zugang zu Bildung und einen qualitativ hochwertigen Schulunterricht

Die IRW-CGSP bekräftigt die Notwendigkeit, in Bildung zu investieren und den Zugang zu Bildung für alle Bevölkerungsschichten zu demokratisieren. Es ist nicht normal, dass unsere politischen Führungskräfte es für notwendig erachten, die duale Ausbildung zum "Exzellenzstudiengang" zu erklären, ohne jedoch die erforderlichen Mittel dafür bereitzustellen oder ihre Kinder in diese Ausbildung schicken zu wollen. Wir bekräftigen unseren Wunsch nach qualitativ hochwertigen wohnortnahen Schulen, in denen alle Kinder unabhängig von ihrer sozialen Herkunft ihren Platz finden können. Wir bekräftigen die Notwendigkeit, in der Pflichtschulzeit bis zum Alter von 16 Jahren einen wirklich polytechnischen gemeinsamen Kernbereich zu haben.

Über diesen Kernbereich hinaus ist es für den Erwerb des Abschlusszeugnisses der Oberstufe des Sekundarunterrichts unerlässlich, dass alle Lernenden eine solide Allgemeinbildung erhalten, die sie zum Lernen befähigt und sie darauf vorbereitet, Bürger zu werden, die in der Lage sind, sich in die Gesellschaft von morgen zu integrieren und sie zu verändern.

Im Bereich der Hochschulbildung lehnen wir alle Barrieren ab, die den Zugang zur Hochschulbildung beschränken sollen. Im Gegenteil, wir sind überzeugt, dass je höher das allgemeine Bildungsniveau einer Gesellschaft ist, desto besser diese Gesellschaft die vor uns liegenden Herausforderungen bewältigen kann.

Die Digitalisierung der Gesellschaft trägt dazu bei, dass sich die soziale Spaltung in unseren Bildungseinrichtungen verschärft. Denn die digitale Bildung wird nicht von den Schulen übernommen, sondern findet zu Hause statt. Damit alle Kinder in den Genuss einer digitalen Bildung kommen können, muss diese in den Schulen vermittelt werden. Folglich müssen die Schulen mit einer entsprechenden IT-Ausstattung versehen werden. Diese Kosten dürfen nicht auf die Familien abgewälzt werden, da sonst die Gefahr besteht, dass sich die Ungleichheiten in der Bildung und die Unentgeltlichkeit der Schule noch weiter verschärfen. Auch in die Schulgebäude muss investiert werden. Nicht nur, um sie umweltfreundlich, sondern auch hygienisch und vernetzt zu gestalten. Daher fordert die IRW-CGSP einen öffentlichen Investitionsplan für Schulgebäude.

...Im Hinblick auf die Finanzierung

Es versteht sich von selbst, dass man die Mittel bereitstellen muss, die den eigenen Ambitionen entsprechen. Doch auch wenn die Berechnungsmethode durchaus diskussionswürdig ist, können wir feststellen, dass der Anteil des BIP, der für die Bildung ausgegeben wird, nicht ausreicht: 6,4 % des BIP im Jahr 2018.

Zudem sind die durchschnittlichen Ausgaben und Investitionen für Schüler im Kindergarten um 13,7 % gestiegen, was an sich nur ein Aufholen unseres Rückstands gegenüber den Anstrengungen in den Nachbarländern darstellt; in der Primarschule um 0,7 %, aber in der Sekundarstufe um 7,2 % gesunken; im nichtuniversitären Hochschulunterricht um 10,2 % und in der Universitätsausbildung um 12,8 % in den letzten 10 Jahren.

Eine Neufinanzierung des Bildungswesens ist nicht nur notwendig, sondern die zusätzlichen Mittel müssen auch sinnvoll eingesetzt werden. Nun gibt es aber einige politische Entscheidungen, die Fragen aufwerfen.

Erstens gibt es den Wunsch, verschiedene Netzwerke aufrechtzuerhalten. Die Beibehaltung der Netzwerke sorgt für den – extrem kostspieligen – Wettbewerb zwischen den Schulen und für das Vorhandensein eines Schulmarktes, der laut UNIA die Hauptquelle der Bildungsungleichheiten ist.

Zweitens beharren unsere politischen Entscheidungsträger darauf, zusätzliche Mittel außerhalb des Klassenzimmers zuzuweisen, indem sie Berater, Kontrolleure und andere Personen einstellen, um das Bildungssystem zu "steuern". Dabei weiß jeder, dass diese Mittel in erster Linie in die Klassen investiert werden müssen, indem sie für die Verringerung der Anzahl der Schüler pro Lehrer eingesetzt werden. Eine kleine Klasse ermöglicht nämlich eine bessere Betreuung der Kinder, insbesondere derjenigen, die Schwierigkeiten oder besondere Bedürfnisse haben.

Und schließlich ist der Transfer von öffentlichen Geldern in private Strukturen außerhalb jeglicher demokratischer Kontrolle besorgniserregend. Im Laufe der Jahre hat die Privatbildung immer mehr öffentliche Gelder auf Kosten der öffentlichen Schulen abgezogen. Selbstverständlich geht es hier nicht um die Gehälter der Arbeitnehmer dieser Schulen, sondern um öffentliche Gelder, die für den Bau oder die Renovierung von Privatgebäuden verwendet werden, oder die für die Arbeit von Lobbys wie dem SeGEC mit seiner Armada von Beratern abgezweigt werden.

Die IRW-CGSP spricht sich daher dafür aus, alle Bildungsstufen neu zu finanzieren und die zusätzlich freigesetzten Mittel vorrangig für die Erhöhung der Betreuungsquote in den Klassen zu verwenden.

...Im Hinblick auf den Mangel und die Arbeitsbedingungen

Zwei von fünf Lehrern verlassen den Beruf innerhalb von fünf Jahren. Durch die Unterfinanzierung des Bildungswesens haben sich die Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter verschlechtert. Die Zunahme von administrativen Aufgaben und Versammlungen sowie die immer individuellere Betreuung der Schülerinnen und Schüler erhöhen die Arbeitsbelastung der Lehrer erheblich und gehen oft zu Lasten ihrer pädagogischen Tätigkeit.

Daher ist es von größter Bedeutung, die Grundausbildung und die Weiterbildung der Lehrer zu überarbeiten, damit sie besser gegen die Schwierigkeiten des Berufs gewappnet sind, die Neuerungen des Berufs integrieren können und die Bildungsungleichheiten in den Schulen besser bewältigen können. Diese Verlängerung des Studiums muss mit einer Aufwertung des Gehaltsgefüges einhergehen, um den Beruf attraktiver zu machen und die Gehaltsunterschiede innerhalb des Berufsstandes zu verringern.

FORDERUNGEN

Die IRW-CGSP erinnert daran, dass die beste Bildung für alle ein wesentlicher Bestandteil der Erlangung von (mehr) Gleichheit und einer demokratischeren Gesellschaft ist. Es versteht sich von selbst, dass Bildung ein unverzichtbarer öffentlicher Dienst ist.

Die IRW-CGSP verurteilt die Annahme, dass Verbesserungen möglich sind, ohne dass die Mittel dafür bereitgestellt werden, nur indem die Arbeitnehmer durch eine Managementpolitik der Individualisierung von Zielen und Sanktionen unter Druck gesetzt werden.

Die IRW-CGSP stellt fest, dass die Haushaltszwänge, in denen sich die hauptzuständige Verwaltungsebene befindet, das Erreichen der Ziele einer echten Kostenfreiheit in eine Illusion verwandeln. Diese Zwänge stellen de facto ein großes Hindernis für die schulische Gleichstellung dar. Sie sind auch der Grund für eine erhebliche Vernachlässigung der Investitionen in Schulgebäude.

Die IRW-CGSP verurteilt die Aufrechterhaltung privater Bildungsnetze mit oder ohne religiösen Charakter. Sie vertritt

die Ansicht, dass diese Aufrechterhaltung zu einem pseudokommerziellen Wettbewerb führt, der die Bildungsungleichheit verstärkt und unnötige Kosten verursacht. Sie fordert die Schaffung eines einheitlichen öffentlichen Bildungswesens als einziges wirksames Mittel zur Bekämpfung der Bildungsungleichheit und zur Erreichung einer sozialen demokratischen Vielfalt in den Schulen.

IN DIESEM ZUSAMMENHANG FORDERT DIE IRW-CGSP

- Eine Finanzierung, die den gesetzten Zielen entspricht, insbesondere im Hinblick auf die Unentgeltlichkeit.
- Einen Investitionsplan für Schulgebäude, die dem 21. Jahrhundert würdig, in ausreichender Zahl vorhanden, sauber, gesund und angemessen ausgestattet sind. Zu diesem Zweck könnte der öffentliche Sektor die Gebäude zurückerhalten, die derzeit von den Ordensgemeinschaften für das katholische Bildungswesen zur Verfügung gestellt werden.
- Die Einführung einer Politik zur Reduzierung der tatsächlichen Schülerzahl pro Klasse.
- Eine Vereinfachung der hierarchischen Ebenen, was die Rückgewinnung von Mitteln für "Klassenpersonal" bedeutet.
- Die allgemeine Einführung von (pädagogischen) Maßnahmen, die der Arbeitnehmer für wirksam hält.
- Die Abkehr von einer rein zahlenbasierten Managementpolitik, die die Mitarbeiter unter Druck setzt.
- Die Einführung von Überlegungen, die die Mitarbeiter einbeziehen, ohne dass diese Überlegungen durch wettbewerbsbedingte Einzelinteressen gestört werden.



*Olivier Bouillon,
Secrétaire général de l'Interrégionale wallonne du Secteur Enseignement*

VOM SEKTOR AMiO EINGEBRACHTER ANTRAG

ERHÖHUNG DES STREIKGELDES

Seit vielen Jahren wurde das Streikgeld weder erhöht noch indiziert.

Daher fordert die IRW-CGSP, dass das Streikgeld auf 50 Euro angehoben wird und wie der Beitrag dem Index unterliegt.

SCHAFFUNG EINES "MINISTERIEN"-SEKTORS

Um den Gegebenheiten unseres Föderalstaates besser gerecht zu werden, aber auch aus Gründen der Funktionsfähigkeit und nach dem Vorbild des "Overheidsdienst" innerhalb der Vlig (flämische Interregionale) erkennt die IRW-CGSP die IRW-AMiO als "Ministerien"-Sektor innerhalb der IRW-CGSP an.

REFORM DES IMMOBILIENSTEUERVORABZUGS

Die IRW-CGSP fordert eine umfassende und kohärente Neugestaltung der Immobilienbesteuerung auf faire und gerechte Weise.

Der Immobiliensteuervorabzug ist eine regionale Steuer. Zwar wird er von der Region eingezogen, seine Steuerbemessungsgrundlage wird jedoch noch vom Föderalstaat (FÖD Finanzen) festgelegt.

Es ist nicht hinnehmbar, dass die für die Festsetzung und Kontrolle des Katastereinkommens erforderlichen Mittel nicht bereitgestellt werden, da der FÖD Finanzen weiterhin nicht genügend Personal und Mittel für diese Dienste bereitstellt.

Die IRW-CGSP ist der Ansicht, dass die Steuerbemessungsgrundlage von der Ebene bestimmt werden muss, die für die betreffende Steuer zuständig ist, in diesem Fall die Region.

Es ist zudem ungerecht, dass das Kriterium für diese Steuerbemessungsgrundlage in einem fiktiven Mietwert liegt, der am 1. Januar 1975 festgelegt wurde.

Die Besteuerung muss auf dem tatsächlichen oder potenziellen Immobilieneinkommen beruhen.

Die erhaltenen Mieten müssen zudem im Rahmen einer umfassenden Einkommensbesteuerung berücksichtigt werden.

Nach Ansicht der IRW-CGSP sollte alles, was mit der Immobilienbesteuerung zusammenhängt, von der Region übernommen werden, um eine Gleichbehandlung der Eigentümer zu gewährleisten (Festsetzung, Streitigkeiten, Eintreibung, Kontrollen), da die Region im Übrigen auch für ähnliche Bereiche (Umwelt, Wohnungswesen, ...) zuständig ist.

Es wäre im Übrigen angebracht, noch weiter zu gehen und auch die Eintragung und die Erbschaften zu regionalisieren und die Aufgaben des Erwerbssausschusses auf alle mit Immobilien zusammenhängenden Akte auszudehnen.

Das Personal des FÖD Finanzen muss auf freiwilliger Basis versetzt werden und mit der Materie vertraut sein. Die Computerprogramme müssen bereitstehen, und es müssen Schulungen durchgeführt werden, um eine kontinuierliche Bearbeitung der Akten zu gewährleisten. Ein für alle Bürger zugänglicher Dienst muss auf dezentralisierter Basis organisiert werden. Die Einrichtung einer Datenbank, die auf dem neuesten Stand gehalten werden muss, ist von Interesse.



VOM JUGENDAUSSCHUSS

DER IRW-CGSP EINGEBRACHTER ANTRAG

Isolation, Diskriminierung, Stigmatisierung, Ausgrenzung, Freiheitsberaubung, ... Dies sind Begriffe, die den Alltag von jungen Menschen prägen und die durch die COVID-Krise noch verschärft wurden.

Vor kurzem berichteten wir über die Schwierigkeiten junger Menschen, die auf dem Weg ins Berufsleben sind und mutig nach Berufserfahrung suchen. Die Zeiten, die wir durchleben, verstärken die Ungleichheiten, was die Hürden, denen junge Arbeitssuchende oder Arbeitnehmer auf ihrem Weg begegnen werden, nicht gerade verringert. Heutzutage können sich junge Menschen, die einen unsicheren, befristeten Vertrag erhalten, als besonders privilegiert betrachten. Dasselbe gilt für junge Menschen, die sich dem Arbeitsmarkt nähern und einen anständigen Schulabschluss vorweisen können.

Die IRW-CGSP verfügt über die nötigen Hebel, um jungen Menschen einen optimalen Zugang zu hochwertiger Bildung und stabilen Arbeitsplätzen zu verschaffen.

Die jungen Menschen, die heute noch das Glück haben, auf die Unterstützung ihrer Eltern zählen zu können, sei es bei der Unterkunft, der Mobilität, der finanziellen Unterstützung für das Studium, der Gesundheitsfürsorge usw., gibt es nur noch selten. Noch schlimmer ist, dass sie sich auf so stigmatisierende Weise von den jungen Menschen unterscheiden, die diese Möglichkeiten nicht haben, für die nur ein solides System der sozialen Sicherheit oder der sozialen Maßnahmen die Isolation der Schwächsten verringern kann, damit sie nicht unwiderruflich in die Ausgrenzung abrutschen. Die Angriffe auf unsere soziale Sicherheit werden immer häufiger.

Die IRW-CGSP setzt sich dafür ein, dass eine soziale Sicherheit und soziale Maßnahmen, die stark und für alle zugänglich sind, gewährleistet werden.

Die Digitalisierung und die Telearbeit bestimmen den Trend der jungen Menschen, der Generation 2.0, hin zu anderen Arbeitsmethoden. Der öffentliche Dienst braucht jedoch einerseits ein soziales Gefüge, um zu bestehen, und andererseits sind die Kosten, die nicht von den Arbeitgebern übernommen werden, oft eine untragbare Belastung für junge Arbeitnehmer, die vor großen finanziellen Herausforderungen stehen.

Die IRW-CGSP muss die notwendigen Hebel ansetzen, um die Gefahr der Isolation und Ausgrenzung auszuschließen.

Durch Steuerhinterziehung entstand 2019 ein Schaden in Höhe von rund 172 Milliarden Euro. In Belgien ist die Jugend häufig Gegenstand einer

Haushaltsanpassungsvariablen, während die Steuerhinterziehung (20 Milliarden Euro in Belgien bereits im Jahr 2010) den finanziellen Abgrund bei der Aufstellung der Haushalte dominiert. Dieser Ungerechtigkeit muss ein Ende gesetzt werden.

Die IRW-CGSP verfügt in ihren Reihen über die entsprechenden Möglichkeiten, um einen echten Kampf gegen Steuerhinterziehung zu fordern.

Die Energiewende und der wohlwollende Umgang mit dem Klima sind eines der Hauptanliegen junger Menschen. Es liegt auf der Hand, dass eine gesunde Umwelt für die junge Generation unerlässlich ist.

Die IRW-CGSP kann konstruktiv dazu beitragen, dass qualitativ hochwertige öffentliche Dienste unter Berücksichtigung von Energie- und Umweltparametern sichergestellt werden.

FORDERUNGEN – JUGENDAUSSCHUSS IRW-CGSP

Die IRW-CGSP fordert den Zugang aller zu hochwertiger Bildung und stabilen Arbeitsplätzen.

Die IRW-CGSP fordert ein solides System der sozialen Sicherheit für alle.

Die IRW-CGSP ist der Ansicht, dass die technologische Entwicklung nicht auf Kosten der Schwächsten gehen darf.

Die IRW-CGSP fordert eine echte Politik zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung.

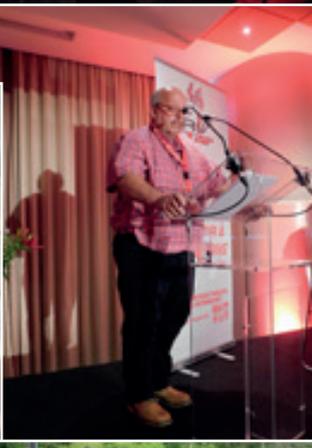
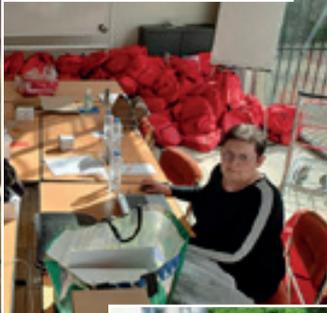
Die IRW-CGSP will für eine gesunde Energiewende und den Schutz des Klimas sorgen.



*Anthony Derycke
Président de la Commission des
Jeunes de l'IRW-CGSP*

Régionalisme
Choix Solidarité
Services publics
Persévérance
Combat

IRV
CDSR





DANKKE

**Die öffentlichen Dienste
sind Euch näher denn je**

